Nummer 8 — 16. Jahrgang

Düsseldorf, 28. Februar 1914

Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung" erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleiter: Anton Heutmann, Düsseldorf, Cavalleriestr. 22. Fernruf 4423. Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf, Cavalleriestraße 22. Druck und Versand Joh. van Acken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 1358.

Ich will! Das Wort ist mächtig;
Ich soll! Das Wort wiegt schwer.
Das eine spricht der Diener,
Das andere spricht der Herr!

Laß beide eins dir werden
Im Herzen ohne Groll;
Es gibt kein Glück auf Erden
Als wollen, was man soll!

Schäden der Frauenarbeit.

Die Schäden der Frauenarbeit sind unverkennbar. Sie waren besonders groß in den ersten Jahrzehnten industrieller Entwicklung. Da fehlte es noch an den elementarsten Schutzbestimmungen. Dem Unternehmer war die Arbeiterin vielfach „nur Hand"; ihre Arbeitskraft wurde rücksichtslos ausgenützt. Ihr persönliches Wohl kümmerte ihn nicht. So rissen Verhältnisse ein, die sowohl die Gesundheit als auch die geistigen und sittlichen Kräfte der Arbeiterinnen schwer gefährdeten und diese selbst in weitgehendem Maße der Fähigkeit beraubten, ihren zukünftigen Beruf als Hausfrauen und Mütter in der richtigen Weise auszufüllen. Die zunehmende Beschäftigung verheirateter Frauen mit all ihren traurigen Begleiterscheinungen erhöhte noch das ohnehin schon schwer belastete Schuldkonto des in einseitiger Weise nur dem Erwerb huldigenden kapitalistischen Systems. Diese rücksichtslose, oft genug an Unmenschlichkeit grenzende Ausnutzung der weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte bildet eines der dunkelsten Kapitel der industriellen Entwicklung.

Mittlerweile ist es ja besser geworden. Die staatlichen Arbeiterschutzgesetze, deren Durchführung die Gewerbeaufsichtsbeamten zu überwachen haben, wie auch unsere Sozialversicherung und nicht zuletzt die mächtig erstarkten Berufsorganisationen der Arbeiter haben zweifellos die gröbsten Schäden beseitigt. Noch bleibt aber manches zu tun übrig. Es gibt für die Arbeiterinnen der Gefahren noch genug; ein Blick auf die Verhältnisse in unserem Gewerbe zeigt uns das deutlich.

Sie sind vor allem eine Gefahr für die jüngeren Arbeiterinnen, deren Zahl ja in unserer Industrie verhältnismäßig recht hoch ist. Erhebungen der Leipziger Ortskrankenkasse ergaben eine Erkrankungshäufigkeit von 44,3% für die Textilarbeiterinnen von 15—19 Jahren und von 54,6% und 67,7% für die nächstfolgenden Altersklassen. In einigen Betrieben kamen auf hundert Arbeiterinnen im Alter von 15—19 Jahren sogar 73,5 und auf die beiden nächsten Altersklassen gar 82 und 81 Erkrankungsfälle. Das sind erschreckend hohe Zahlen. Mags sonst auch nicht gar so schlimm aussehen, das eine steht doch fest, daß die weibliche Jugend in starkem Maße die Einwirkungen der oben angeführten Momente zu spüren bekommt. Das zeigt sich auch darin, daß von den 1909 Textilarbeiterinnen, die im Jahre 1912 wegen Tuberkulose in Heilbehandlung waren, rund 935, also nahezu die Hälfte, das Alter von 25 Jahren noch nicht überschritten hatten. Das muß uns doch zu denken geben. Die Arbeiterin ist die Trägerin des kommenden Geschlechts. Hat sie unter erheblichen gesundheitlichen Gefahren zu leiden, so wird damit auch das letztere getroffen.

Groß sind auch die gesundheitlichen Gefahren, denen die verheiratete Arbeiterin ausgesetzt ist. Sie hat ja einen Doppelberuf zu erfüllen, den als Fabrikarbeiterin und den als Hausfrau und Mutter. Das bedeutet für sie eine Doppelbelastung, die sie sehr oft nur auf Kosten ihrer Gesundheit zu tragen vermag. Das trifft vor allem dann zu, wenn diese Anforderungen an ihre körperliche Leistungsfähigkeit verknüpft sind mit einer dürftigen oder unzweckmäßigen Ernährung. Diese gesundheitlichen Schäden der Fabrikarbeit verheirateter Frauen beschränken sich indeß nicht auf die Frau allein. Nicht mit Unrecht sagt Retzbach in seiner „Gewerblichen Arbeiterinnenfrage": „Die Frau vererbt die Krankheit und Schwäche auf ihre Kinder; die mit der Fabrikarbeit gegebene mangelhafte Zubereitung der Nahrung schädigt außerdem die Gesundheit von Mann und Kind, von der ganzen Familie; die gesundheitliche Schädigung der Mutter durch die gewerbliche Arbeit und die mangelhafte Pflege der Kinder und insbesondere die durch die Fabrikarbeit der Mutter veranlaßte künstliche Ernährung der Säuglinge tragen wesentlich die Schuld an der hohen Sterblichkeitsziffer der Säuglinge."

Gefahren bestehen noch in gesundheitlicher Beziehung. Die Arbeitsweise ist eine intensivere geworden. Die technischen Fortschritte im Maschinenwesen dürften der Arbeiterin nur selten eine Verringerung, sehr oft aber durch Zuweisung von mehr (z. B. Nothropwebstuhl) oder größeren Maschinen eine Erhöhung der Arbeitsleistung gebracht haben. Auch das Bestreben, der Maschine die größtmöglichste Produktionsleistung abzuringen und die Rohstoffe aufs äußerste auszunutzen, erfordert von der Arbeiterin einen erhöhten Aufwand an Arbeits- und vor allen an Nervenkraft. Dabei ist zu beachten, daß bei der Zuweisung der Arbeit sehr oft weder die individuelle Leistungsfähigkeit noch die allgemeine Eigenart des weiblichen Organismus berücksichtigt wird. Dazu kommt, daß auch heute noch lange nicht alle Arbeitsräume den gesundheitlichen Anforderungen entsprechen. Ihre Entstaubung und Lüftung läßt vielfach noch zu wünschen übrig. Nun ist es aber eine feststehende Tatsache, daß all diese Momente auf den weiblichen Organismus weit nachteiliger einwirken, wie auf den männlichen.

Die Fabrikarbeit ist auch reich an sittlichen Gefahren für die Arbeiterin. Diese tritt jung und unerfahren in den Betrieb ein. Hier kommt sie mit allen möglichen Charakteren in Berührung. Sie untersteht nicht nur dem Einfluß ihrer Mitarbeiterinnen, sondern oft auch — wenn eine Trennung der Geschlechter nicht durchgeführt ist — jenem der männlichen Kollegen. Und dieser Einfluß ist lange nicht immer ein günstiger. Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß in manchen Betrieben oder Betriebsabteilungen ein Geist herrscht, der einem unverdorbenen Mädchen auf die Dauer zum Verhängnis werden kann. Da sind schlüpfrige, zweideutige Redensarten an der Tagesordnung; da werden von gewissenlosen Personen die intimsten Vorgänge des Ehelebens in der schamlosesten Weise erörtert, und nicht selten dient gerade die Unschuld eines Mädchens diesen Leuten als Zielscheibe für ihre faden und abgeschmackten Witzeleien. Dazu kommt die schwüle, den Sinnenreiz erhöhende Temperatur des Arbeitsraumes, die dadurch bedingte leichte Kleidung und die oft nervenerregende und geistlose Art der Arbeit. Das alles verdichtet sich zu einer Atmosphäre, die selbst moralisch gefestigten, widerstandskräftigen Naturen gefährlich wird. Erhöht werden diese Gefahren noch durch etwaigen Mangel an geeigneten abgeschlossenen Ankleide- und Waschvorrichtungen. Auch die Abhängigkeit der Arbeiterin von ihren männlichen Vorgesetzten birgt Gefahren in sich. Wie oft haben nicht schon Vorgesetzte diese Abhängigkeit benutzt, um die Arbeiterin mit unsittlichen Zumutungen und Anträgen zu belästigen; und wie manches Mädchen wurde nicht schon auf diese Weise zu Fall gebracht. Kommt die Arbeiterin von auswärts und hat sie von und zur Arbeitsstätte die Bahn zu benutzen oder einen längeren Weg im Freien zurückzulegen, so ist sie auch hier den mannigfaltigsten Gefahren ausgesetzt. Das wird jeder bestätigen, der öfters Gelegenheit hat, nach dieser Richtung hin Beobachtungen anzustellen.

Endlich bildet die Beschäftigung der Arbeiterinnen in Fabriken auch eine Gefahr für das Hauswesen und das Familienleben. Durch die Fabrikarbeit wird bei vielen die Neigung und die Fähigkeit zu häuslicher Wirksamkeit untergraben. Die Fabrikarbeit vermag Herz und Gemüt der Arbeiterin nicht zu befriedigen. Die Eltern verstehen es leider auch noch allzuwenig, ihren Kindern in der Familie dafür Ersatz zu bieten. Was wunder, wenn dann die Arbeiterin außerhalb der Familie Zerstreuung und Erholung sucht und dem Leben im engen häuslichen Kreise und folglich auch der Vorbereitung auf ihren späteren Beruf als Hausfrau und Mutter immer weniger Geschmack abzugewinnen vermag? Und selbst, wo der nötige Wille vorhanden ist, sich auf den Hausfrauenberuf gebührend vorzubereiten, fehlts oft an der nötigen Zeit oder an der erforderlichen Kraft oder an der Gelegenheit. Wo soll die von auswärts kommende Arbeiterin die Zeit hernehmen zur hauswirtschaftlichen Ausbildung? Sie muß früh heraus und kehrt erst spät zurück. Wo soll jene Arbeiterin, deren Gesundheit durch ungenügende Ernährung und angestrengte Tätigkeit im Betrieb ohnehin schon geschwächt ist, noch die Kraft hernehmen, sich den hauswirtschaftlichen Arbeiten zu widmen? Woher oft auch die Gelegenheit? Die Mutter ging früher vielleicht auch zur Fabrik und kennt selbst nur das Allernotwendigste. Fortbildungsschulen mit hauswirtschaftlichem Unterricht aber kennt man kaum; höchstens, daß Kommunen oder Private hier und da derartige Einrichtungen fakultativ geschaffen haben, die aber den Bedürfnissen keineswegs entsprechen. Wer will angesichts dieser Verhältnisse einen Stein werfen auf jene Arbeiterfrau, die als Fabrikarbeiterin in der häuslichen Arbeit nicht die nötige Befriedigung zu finden vermag und event. sogar die Fabrikarbeit vorzieht? Der es schwer fällt, mit dem Verdienst des Mannes rationell zu wirtschaften? Niemand hat sie gelehrt, einen richtigen Voranschlag zu machen und auch bei geringem Einkommen so zu wirtschaften, daß Einnahmen und Ausgaben möglichst im Einklang bleiben. Niemand lehrte sie die Kunst des Einkaufens oder unterrichtete sie über den Nährwert der einzelnen Lebensmittel, über die Möglichkeit, auch bei geringen Auslagen Abwechslung in den Speisezettel zu bringen und auch etwaige Speisereste rationell zu verwerten. Wenn wir trotzdem auch unter den Arbeiterinnen so viele tüchtige Hausfrauen haben, so verdient das alle Anerkennung.

Neben der mangelhaften Erziehung und Ausbildung der Arbeiterin für ihren späteren Beruf als Hausfrau und Mutter, wirkt dann vor allem die Fabrikarbeit verheirateter Frauen geradezu verheerend für das häusliche und für das Familienleben. Zwischen Mann und Frau können da innigere Beziehungen, herzliche Zuneigung auf die Dauer kaum bestehen. Die Frau ist tagsüber durch die Fabrikarbeit, abends durch die Hausarbeit so in Anspruch genommen, daß die so notwendige vertrauliche Aussprache fast ganz unterbleiben muß. Beide sind durch die Fabrikarbeit ermüdet und abgespannt, vielleicht auch unwirsch und leicht erregbar. Das gefährdet den häuslichen Frieden; die Bande zwischen Gatte und Gattin werden immer mehr gelockert. Ist die Frau noch kränklich oder schwächlich und dadurch nicht in der Lage, den Haushalt ordnungsmäßig zu führen, oder fehlt es ihr an den notwendigen hauswirtschaftlichen Kenntnissen, vielleicht auch an Reinlichkeits- und Ordnungssinn, dann ists noch schlimmer. Dem Manne fehlt das behagliche Heim, er sucht sich Ersatz im Wirtshaus. Das aber ist oft das Ende des Familienfriedens. Sind Kinder da, dann müssen sie in Pflege gegeben werden. Dadurch werden die Kinder oftmals nicht nur in ihrer körperlichen Entwicklung beeinträchtigt, sondern auch den Eltern entfremdet und in ihrer Erziehung vernachlässigt. So sind die Folgen der Fabrikarbeit verheirateter Frauen geradezu unabsehbar.

Wir sehen also, die Frauenarbeit ist im allgemeinen mit vielen Schäden gesundheitlicher und sittlicher Natur verknüpft. Sie braucht es nicht zu sein, wenigstens nicht in dem heutigen Maße. Unsere Aufgabe ist es, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um diese Schäden auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Damit leisten wir nicht der Arbeiterin selbst und unseren Stand, sondern der gesamten Nation einen großen Dienst. Denn — wie bereits betont — die Frau ist die Trägerin des kommenden Geschlechtes.

Arbeitsvermittlung und Arbeitslosigkeit.

Unter den Mitteln zur wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit steht die Arbeitsvermittlung mit an erster Stelle. Ein gut funktionierender Arbeitsnachweis kann durch einen schnellen Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt längere Arbeitslosigkeit verhüten; ferner ist ein systematisch ausgebautes Arbeitsnachweiswesen eine der ersten Vorbedingungen für eine allgemeine öffentliche Arbeitslosenversicherung, die sich immer mehr als dringliche Notwendigkeit erweist. In diesen zwei Gedanken ist der enge Zusammenhang zwischen Arbeitslosenfürsorge und Arbeitsvermittlung zum Ausdruck gebracht.

Der Arbeitsnachweis hat eine bedeutsame Funktion in der Volkswirtschaft zu erfüllen: er soll Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt möglichst schnell und zweckdienlich befriedigen, d. h. alle offenen Stellen mit geeigneten Arbeitskräften besetzen. Zur Erfüllung dieser wichtigen Aufgabe wäre eine gründliche Uebersicht über den Arbeitsmarkt und eine gut funktionierende Arbeitsvermittlung in erster Linie notwendig. Leider sind diese grundlegenden Vorbedingungen bei dem gegenwärtigen Stand unseres Arbeitsnachweiswesens noch nicht erfüllt. Der größte Mangel liegt in der großen Zersplitterung der Arbeitsnachweise. Infolgedessen fehlt es an einer allgemeinen, zuverlässigen Uebersicht auf dem Arbeitsmarkt, wodurch eine schnelle, sachdienliche Vermittlung im größern Umfange erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht wird. Es ist ein überaus buntscheckiges Bild, wenn man alle jene Einrichtungen zusammenstellt, die sich heute mit der Vermittlung von Arbeitsgelegenheit beschäftigen. Das Kaiserlich-Statistische Amt hat in einer Sonderbeilage zum „Reichsarbeitsblatt" (Juniheft Nr. 6, 1913) die Ergebnisse einer „Erhebung über Arbeitsnachweise im Deutschen Reiche nach dem Stande von Ende 1912" veröffentlicht, wonach insgesamt 2224 Arbeitsnachweisstellen ermittelt wurden. Zunächst ist aus dieser Uebersicht zu entnehmen, daß die Zahl der Arbeitsnachweise wie auch die der vermittelten Stellen in den letzten Jahren andauernd gestiegen ist. Die Zahl der Nachweise, die über ihre Vermittlungsziffer berichteten, und die vermittelten Arbeitsstellen betrugen:

Jahr	Zahl der Arbeitsnachweise	Zahl der vermittelten Stellen
1909	1439	1 915 779
1910	1571	2 555 460
1911	1917	3 424 799
1912	1985	3 594 502

Das Kaiserlich-Statistische Amt unterscheidet in seiner Zusammenstellung neun verschiedene Arten von Arbeitsnachweisen, die nach ihren jeweiligen Trägern benannt sind. Nachstehend lassen wir die verschiedenen Nachweisarten, die Zahl der ermittelten und die Zahl der über ihre Vermittlung berichtenden Nachweise nebst den Vermittlungsziffern für das Jahr 1912 folgen:

Arbeitsnachweise in Händen der	überhaupt	über ihre Vermittlung berichteten	Vermittelte Arbeitsstellen
1. Gemeinden usw.	383	321	1 298 977
2. Herbergen u. Wanderarbeitsstätten	226	184	112 243
3. Landwirtschaftskammern usw.	97	71	98 369
4. Innungen	572	517	162 579
5. Arbeitgeber	112	103	1 203 613
6. Angestellten	90	79	47 053
7. Arbeiter	547	521	353 309
8. Arbeitgeber- und -nehmer	119	116	152 028
9. Sonstige Arbeitsnachweise	78	73	166 331
Zusammen	2224	1985	3 594 502

Diese Zusammenstellung kann jedoch auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben. Mit der Arbeitsvermittlung beschäftigen sich auch noch die gewerbsmäßigen Stellenvermittler, ferner ist auf den zum Teil sehr reichhaltigen Arbeitsmarkt in Tageszeitungen und Fachblättern hinzuweisen. So sehen wir eine Vielgestaltigkeit und Zersplitterung unseres Arbeitsnachweiswesens, die volkswirtschaftlich äußerst nachteilig wirkt und einer durchgreifenden Bekämpfung der Arbeitslosigkeit überaus hindernd im Wege steht. Heute ist es leicht möglich, daß in dieser Stadt oder jenem Industriebezirk Mangel an Arbeitskräften vorhanden ist, während an anderen Orten Arbeitlose in größerer Anzahl vorhanden sind. Die heutige Organisation des Arbeitsnachweises ermöglicht es nicht, daß der Ausgleich im interlokalen Rahmen sofort geschaffen wird.

Hier muß mit den Reformbestrebungen zunächst eingesetzt werden. Eine bessere Konzentration der Arbeitsvermittlung ist unbedingt notwendig. Dabei braucht man gar nicht an eine restlose Zentralisation des gesamten Arbeitsnachweiswesens zu denken; das würde mit bedenklichen Schattenseiten verknüpft sein. Aber eine Vereinheitlichung der Arbeitsvermittlung, etwa im Sinne der öffentlichen (gemeinnützigen) Arbeitsnachweise, sowie eine dauernde Zusammenarbeit auf interlokaler Basis ist zur dringenden Notwendigkeit geworden. Ferner muß der Arbeitsnachweis gegen organisational-egoistischen Mißbrauch geschützt werden; er darf nicht als Kampfmittel in die wirtschaftlichen Interessenkämpfe hineingezogen, sondern muß auf seinen volkswirtschaftlichen Zweck: Angebot und Nachfrage zu regeln, beschränkt bleiben. Dem stellt sich aber das großkapitalistische Unternehmertum mit aller Entschiedenheit entgegen. Die Großindustriellen bemächtigen sich immer mehr der Arbeitsvermittlung, um diese bedeutsamen Einrichtungen gegebenenfalls im Kampfe gegen die Arbeiterbewegung zu verwenden. Im letzten Jahre bestanden schon 112 Unternehmer-Arbeitsnachweise, die 1 203 000 Arbeitsstellen vermittelt haben wollen. Eine Arbeitsnachweiskonferenz der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände Anfang November in Hannover hat den weiteren Ausbau dieser Arbeitsnachweise beschlossen und eine Zentralstelle in Berlin errichtet. Vorgänge, die von der organisierten Arbeiterschaft aufmerksam verfolgt werden müssen. Unsere christlichen Gewerkschaftskongresse in Essen (1904) und in Dresden (1912) haben eine reichsgesetzliche Regelung des Arbeitsnachweiswesens gefordert. Daran wird fest zu halten sein, weil auf anderm Wege eine grundlegende Reform der heutigen unhaltbaren Zustände nicht möglich sein wird. Ein gesetzliches Eingreifen ist auch deshalb vonnöten, weil die Arbeitslosenfrage ohnedem nicht gelöst werden kann. Wie sich eine gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung evtl. durchführen ließe, dafür hat der Referent über „Arbeitslosenfürsorge und Arbeitsnachweis" auf dem Dresdener Kongreß, Kollege Bergmann (Köln), unter Zustimmung der Kongreßteilnehmer folgende Richtlinien aufgestellt:

1. Zu schaffen wäre zunächst auf Kosten des Reichs eine Arbeitsnachweis-Zentralstelle, evtl. in Verbindung mit einem zu errichtenden Reichsarbeitsamt oder sonst mit dem Kaiserlich-Statistischen Amt. Zweck dieser Zentralstelle wäre vor allem die Pflege einer allgemeinen, zuverlässigen Statistik über den Arbeitsmarkt. Ferner wäre zu erwägen, ob diese Stelle nicht als Aufsichtsamt über das gesamte Arbeitsnachweiswesen zu etablieren wäre.

2. Sämtliche bestehenden Arbeitsnachweise wären der staatlichen Aufsicht und Kontrolle zu unterstellen. An der Spitze der Arbeitsnachweisanstalten soll weder ein Arbeitgeber noch Arbeiter, sondern ein unparteiischer Beamter stehen, um das Vertrauen aller Beteiligten zu erlangen und der Gefahr einer parteiischen Handhabung vorzubeugen.

3. Die Arbeitsnachweise müssen verpflichtet werden, die genauen Ziffern ihrer Vermittlungstätigkeit nach einem vorgeschriebenen Schema an die unter 1 erwähnte Zentralstelle in bestimmten Zeiträumen zu übermitteln.

4. Wäre die regelmäßige Veröffentlichung und der interlokale Austausch der Vakanzenlisten vorzusehen.

5. Gebühren dürfen in der Regel für die Arbeitsvermittlung nicht erhoben werden. Die allmähliche Beseitigung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung ist anzustreben.

6. Ein Zwang, der die Freiheit des Arbeitsvertrages und die Freizügigkeit des Einzelnen unterbindet, darf durch die Arbeitsnachweise nicht ausgeübt werden.

7. Mißbräuche oder Auswüchse, ob nun im egoistischen Interesse einzelner Persönlichkeiten oder Korporationen, wären unter Strafe zu stellen. Im Wiederholungsfalle müßten solche Nachweise gesetzlich aufgehoben und den gemeinnützigen öffentlichen Arbeitsnachweisen angegliedert werden können.

In gleicher Richtung bewegen sich die Vorschläge, die von der „Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" auf ihrem letzten Kongreß Anfang September 1913 in Gent gemacht wurden. Die dort angenommenen Leitsätze verlangen folgendes:

1. Systematische Organisierung der öffentlichen Arbeitsnachweise mit territorialer Gliederung (Orts-, Bezirks-, Landesarbeitsnachweise), und Berücksichtigung der beruflichen Interessen (Berufslisten, Fachabteilungen). 2. Einheitliche Technik in der Geschäftsleitung bei Verwertung aller modernen Verkehrsmittel (Telephon, Telegraph, Post, Eisenbahn). 3. Völlige Unparteilichkeit bei der Stellenvermittlung und der Verwaltung. 4. Gebührenfreiheit für Arbeitsuchende. 5. Planmäßige Regelung des Arbeitsmarktes einschließlich der Arbeiterwanderungen (nach einheitlichen Grundsätzen unter Leitung der Zentrale; fortlaufende Arbeitsmarktstatistik). 6. Kosten zu Lasten der Gemeinden (f. : Ortsarbeitsnachweise), der Bezirke (für Bezirksarbeitsnachweise) und des Staates (für die Zentrale und etwaige Subventionen). — Zur Durchführung der Reformen bezüglich Arbeitsnachweis erscheint die Mitwirkung der staatlichen Verwaltung bezw. Gesetzgebung erwünscht, um solchen Arbeitsnachweisen (bezw. Arbeitsnachweisverbänden), welche den vorstehenden Grundsätzen entsprechen, als staatlich „anerkannten" Arbeitsnachweisen (bezw. öffentlich rechtlichen Organen) gewisse Vergünstigungen zu gewähren (bei Benutzung von Telephon, Telegraph, Post, Eisenbahn) und durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln auf einen lückenlosen Ausbau des Arbeitsnachweiswesens hinzuwirken, einheitliche Grundsätze für die Geschäftsführung und Statistik einzuführen und das gesamte Arbeitsnachweiswesen der staatlichen Aufsicht zu unterstellen.

Was hier und was ferner vom Dresdener Gewerkschaftskongreß gefordert wird, sind keine Phantastereien oder Utopien, sondern durchaus realisierbare Vorschläge. Ihrer praktischen Durchführung würden keine unüberwindlichen Schwierigkeiten entgegenstehen. Jetzt gilt es, die gesetzgebenden Faktoren für die bedeutsame Angelegenheit zu interessieren. Die Reform des Arbeitsnachweiswesens ist um so dringender, weil sie der immer bremender werdenden öffentlichen Arbeitslosenfürsorge die Unterlagen schaffen und den Weg ebnen muß.

Die Wahlen zu den Versicherungsämtern stehen bevor!

Die Wahlen zu den Ausschüssen und Vorständen der Krankenkassen sind für die christlich-nationale Arbeiterbewegung im allgemeinen gut, an vielen Stellen sogar glänzend ausgefallen. Mit Recht wurde stets betont, daß von dem Ausgang dieser Wahlen das Resultat der kommenden Wahlen zu den Versicherungsbehörden völlig abhängt. In nächster Zeit sollen nun die Wahlen zu der untersten Stufe des behördlichen Ausbaus und Instanzenzuges, zu den Versicherungsämtern, stattfinden. Darum gilt es nunmehr, die errungenen Positionen in den Vorständen der Krankenkassen verschiedenster Art bei der Wahl der Versicherungsvertreter zu den Versicherungsbehörden restlos auszunützen. Die Krankenkassenvorstandsmitglieder aus dem Kreise der Versicherten wählen ja bekanntlich die Arbeitervertreter an den Versicherungsämtern.

Gut wird es sein, wenn wir uns kurz noch einmal

die Zusammensetzung der Versicherungsämter

vergegenwärtigen. Die Versicherungsämter waren ursprünglich in der Regierungsvorlage als selbständige Aemter, mit einem unabhängigen Amtmann an der Spitze, gedacht; so fanden sie jedoch im Reichstage keine Mehrheit, da man sowohl ein „Auswachsen dieser Aemter" wie auch eine zu große finanzielle Mehrbelastung befürchtete. An Stelle selbständiger Aemter ist nun in der Regel den unteren Verwaltungsbehörden eine Abteilung für Arbeiterversicherung, die man als Versicherungsamt bezeichnet, angegliedert. In Preußen z. B. ist die Angliederung der Versicherungsämter, abgesehen von den größeren, insbesondere kreisfreien Städten an die Landratsämter, als untere gemeindliche Verwaltungsbehörde, vollzogen. Die oberste Verwaltungsbehörde (das Ministerium) kann ein Versicherungsamt für den Bezirk mehrerer unterer Verwaltungsbehörden bei einer dieser Behörden errichten. Der Stellung und den Aufgaben des Versicherungsamts entsprechend kann nicht jede Gemeindebehörde Sitz eines Versicherungsamts sein, sondern, wie schon angedeutet, in der Regel nur eine Behörde mit größerem Bezirk, wie z. B. der Kreis, das Bezirksamt, die Amtshauptmannschaft u. a. m.

Als Vorsitzender wird der Leiter der unteren Verwaltungsbehörde bestimmt; es kommen hierfür in Betracht u. a. der Landrat, Bezirksamtmann, Oberamtmann, Amtshauptmann und die Bürgermeister der Städte, die sich alle natürlich für dieses Tätigkeitsgebiet einen Stellvertreter bestellen. Bisher sind die Arbeiten der Versicherungsvertreter von den Beisitzern bei den sogen. „Unteren Verwaltungsbehörden" erledigt worden. Der Reichskanzler hat durch Verfügung vom 12. Juli 1913 die Amtsdauer dieser Beisitzer bis zum 31. Dezember 1914 verlängert. Jedoch sollen die Versichertenvertreter zu den neuen Versicherungsämtern laut Erlaß des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe vom 22. Juli 1913 im ersten Halbjahr 1914 so zeitig gewählt werden, daß sie am 1. Juli 1914 ihr Amt übernehmen können. In den vom Gesetz näher bestimmten Fällen sind vom Vorsitzenden als Beisitzer des Versicherungsamts sowohl Versichertenvertreter als auch Arbeitgebervertreter, und zwar in gleicher Zahl, beizuziehen. (§ 40 RVO.)

Für jedes Versicherungsamt sind mindestens je 6 Versichertenvertreter und Arbeitgebervertreter zu wählen. Ihre Zahl kann vom Versicherungsamte mit Genehmigung des Oberversicherungsamts sowie von diesem nach Anhören des Versicherungsamts erhöht werden. Ein Versicherungsvertreter darf nicht zugleich besoldeter Beamter des Versicherungsamts oder Versicherungsvertreter bei einem anderen Versicherungsamt oder Beisitzer bei einem Oberversicherungsamt oder nichtständiges Mitglied des Reichs- oder eines Landesversicherungsamts sein (§ 41). Das Amt eines Versichertenvertreters ist ein Ehrenamt; doch werden Barauslagen vergütet und der entgangene Arbeitsverdienst ersetzt.

Die Aufgaben der Versicherungsämter

sind recht vielgestaltig und für die Versicherten von der allergrößten Bedeutung. Ihre Tätigkeit zerfällt in eine allgemeine und in eine solche spezieller Natur.

1) Sie haben die Geschäfte der Reichsversicherung als untere Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörde wahrzunehmen und Auskunft in Angelegenheiten der Reichsversicherungsordnung zu erteilen. Sie können die Versicherungsträger in deren Angelegenheiten unterstützen. Auch können ihnen die Landesregierungen noch andere Aufgaben aus der knappschaftlichen Versicherung übertragen.

2) Aufgaben für alle Zweige der Reichsversicherung sind: Leitung der Wahl der Versicherungsvertreter; Anordnung betr. Gewohnheitstrinker; Gutachten bei Festsetzung des Ortslohnes; Entscheidung bei Ersatzansprüchen und anderen Spruchsachen.

3) Aufgaben der Krankenversicherung: Aufsicht über die Kassen und Kassenverbände; Mitwirkung bei der äußeren Organisation der Kassen; Entscheidung in Streitsachen und Beschwerden; Bestätigung von Kassenbeamten bei Streit; Genehmigung der Krankenordnung; Festsetzung des Wertes der Roh- und Hilfsstoffe bei Hausgewerbetreibenden; Befugnis in Strafsachen.

4) Aufgaben aus der Unfallversicherung: Teilnahme an der Unfalluntersuchung; Mitwirkung bei Bescheiderteilung; Entscheidung einzelner Streitigkeiten, Mitwirkung bei Anmeldung der Betriebe, dem Betriebsverzeichnis, Prämienzahlung usw.; Festsetzung von Geldstrafen; Anordnung der Haftung von Bauherren, Beeidigung von technischen Aufsichtsbeamten usw.

5) Aufgaben für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung: Entscheidung auf Anträge, Beschwerden, Streitigkeiten; Beteiligung an der Ueberwachung; Befugnis in Strafsachen; Vorbereitung des Bescheides.

Eine weitere Aufgabe der Beisitzer an den Versicherungsämtern ist es, sowohl die Beisitzer zu den Oberversicherungsämtern, wie auch die Ausschüsse der In-

validenversicherungsanstalten, zu deren Bezirk sie gehören, zu wählen. Außerdem haben sie noch das Recht, die Versichertenvertreter bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zu wählen, soweit deren Sektionen in ihre Versicherungsamtsbezirke fallen.

Diese knappen Darlegungen erhellen ohne weiteres die großen Befugnisse und die schwere Verantwortung, die den Arbeitervertretern am Versicherungsamt zugeteilt sind.

Arbeiterhaushalt und Abzahlungsgeschäfte.

In letzter Zeit werden wieder vielfach Klagen über die Abzahlungsgeschäfte und deren Geschäftsgebahren geführt. Diese Klagen gründen sich nicht nur darauf, daß die Abzahlungsgeschäfte bei der Einziehung der Raten zu rigoros vorgehen, auch über zu hohe Preise und schlechte Qualität der gelieferten Waren wird allgemein geklagt. Da die Kundschaft der Abzahlungsgeschäfte meist aus Arbeiterfamilien besteht, so ist es vielleicht angebracht, einmal das Thema „Arbeiterhaushalt und Abzahlungsgeschäfte" etwas genauer zu erörtern.

Die Abzahlungsgeschäfte sind eine Erscheinung der neuesten Zeit. Erst mit dem Entstehen einer zahlreichen und eigentumslosen Lohnarbeiterschaft konnten die Abzahlungsgeschäfte eine größere Verbreitung finden. Für weite Volkskreise sind die Abzahlungsgeschäfte zweifellos eine notwendige Einrichtung; denn viele arme Leute sind eben nicht imstande, sich eine Wohnungseinrichtung bar zu kaufen. In welchem Umfange sich die Abzahlungsgeschäfte vermehrt haben, dafür nur einige Zahlen. In Groß-Berlin existieren gegen 100 Abzahlungsgeschäfte, in Hamburg ungefähr 50, in München und Breslau gegen 30 usw. Insgesamt dürfte es in Deutschland nach der „Baugewerkschaft", der wir diesen Artikel entnehmen, gegen 1000 Abzahlungsgeschäfte geben. Diese Zahl erscheint an sich nicht so bedeutend, aber dabei kommt in Betracht, daß es sich meistens um große Unternehmen mit Tausenden von Kunden handelt. Außerdem hat sich die Einrichtung der wöchentlichen oder monatlichen Abzahlungen auch schon vielfach bei Firmen eingebürgert, die nicht direkt als Abzahlungsgeschäfte angesehen werden wollen. Alle die riesigen Summen, die in den Abzahlungsgeschäften umgesetzt werden, entfallen zum weitaus größten Teile auf die Arbeiterbevölkerung.

So notwendig die Abzahlungsgeschäfte für weite Volkskreise sein mögen, so stimmen doch fast alle Arbeitersekretäre, Volksauskunftstellen usw. darin überein, daß mit dem heutigen Abzahlungswesen vielfach Mißstände verbunden sind, die zu einer Ueberteuerung und zu einer Auspowerung der Kundschaft dieser Abzahlungsgeschäfte führen. In einem Bericht der kommunalen Rechtsauskunftstelle in Köln a. Rh. führten die betreffenden städtischen Beamten aus, daß „nur wenige Abzahlungsgeschäfte auf wirklich reeller Grundlage beruhen". In dem gleichen Bericht wird ausgeführt, daß vor dem Amtsgericht in Cöln in jedem Monat 600—700 Klagen von Abzahlungsgeschäften eingeleitet werden, das sind allein für Cöln a. Rh. jährlich 7200—8400 Prozesse von Abzahlungsgeschäften gegen arme Leute, die ihren Verpflichtungen im Augenblick nicht nachkommen könnnen. Daß diese Verklagte nicht alle böswillige Schuldner waren, läßt sich wohl ohne Zweifel annehmen. Wer auf dem Amtsgericht in Berlin öfter zu tun hat, kann beobachten, wie häufig vor diesem Gericht Prozesse der Abzahlungsgeschäfte verhandelt werden. Es ist eher zu niedrig als zu hoch gegriffen, wenn man annimmt, daß 20 Prozent der Klagen vor den Zivilabteilungen des Amtsgerichts Berlin-Mitte Klagesachen von Abzahlungsgeschäften sind. Aehnlich liegen die Verhältnisse in anderen Großstädten. Wieviel Hunderttausende von Gerichtskosten werden hier allein verschleudert, für die die Kunden der Abzahlungsgeschäfte in letzter Linie aufkommen müssen. Bei der Klageführung haben die Abzahlungsgeschäfte von vornherein alle Vorteile für sich. Sie werden von geschäftsgewandten Leuten vertreten, die jahraus jahrein nichts weiter tun, als vor dem Amtsgericht Klage führen, wogegen die Beklagten fast immer Leute sind, die ihre Interessen nur in ganz unzureichendem Maße wahrnehmen können. Selbst ein sozial denkender Amtsrichter kann in solchen Fällen der beklagten Partei recht wenig helfen.

Vielfach werden Klagen gegen Leute eingeleitet, die bereits 75 und 80 Prozent der gesamten Kaufsumme abgezahlt haben, nur weil sie wegen Arbeitslosigkeit oder Krankheit mit einigen Raten im Rückstand geblieben sind. Es ist oftmals geradezu empörend, wenn man als Zuhörer bei solchen Klagen beobachten muß, wie arme alleinstehende Frauen oder abgerackerte Arbeiter mit solchen Klagen drangsaliert werden, nachdem sie monatelang, ja vielleicht jahrelang die Raten pünktlich bezahlt haben. Vielfach wird in den Kaufverträgen zwischen Abzahlungsgeschäft und Kunden ein bestimmtes Gericht, das Gericht, in dem der Abzahlungshändler wohnt, als Gerichtsstand bezeichnet, das heißt, ganz gleich, wo der einzelne Kunde wohnt, können Klagen stets nur vor dem Gericht, in dessen Bezirk der Abzahlungshändler wohnt, vorgebracht werden. Dadurch sind viele Kunden von vornherein benachteiligt; denn oftmals müssen sie eine lange Reise machen, wenn sie ihre Interessen vor Gericht wahrnehmen wollen. Bei mündlichen Verabredungen wird den Kunden oft versichert, daß bei Krankheiten und Arbeitslosigkeit „weitgehende Rücksicht" genommen werden solle, von dieser Rücksichtnahme ist aber im praktischen Leben sehr wenig zu verspüren. Da derartige Abreden nicht in den Vertrag aufgenommen werden, brauchen sie nachher auch nicht berücksichtigt zu werden, oder sie werden einfach abgestritten. Wenigstens nach der Richtung hin, daß gegen die Kunden der Abzahlungsgeschäfte bei Krankheiten und nach einer längeren Arbeitslosigkeit nicht zu rigoros vorgegangen wird, könnten vielleicht die Arbeiterorganisationen einiges beitragen. Ich denke mir die Sache so, daß die Arbeiterorganisationen an die Abzahlungsgeschäfte herantreten und mit ihnen eine Vereinbarung treffen, wonach solche Arbeiter, die nach Ausweis ihrer Papiere arbeitslos oder krank sind, so lange von der Zahlung der Rate befreit bleiben, bis sie wieder einen Erwerb haben. Da auch unter den Abzahlungsgeschäften ein starker Wettbewerb besteht, würden sich vielleicht doch manche dieser Geschäfte zu einer derartigen Vereinbarung bereit erklären. Die Arbeiterverbände müßten dann die Namen der Firmen veröffentlichen, die sich zu einer derartigen Rücksichtnahme verstanden haben. Dieser Vorschlag sieht vielleicht manchem etwas eigenartig aus, und viele werden denken, daß eine Arbeiterorganisation andere Pflichten und Aufgaben habe, als derartige Abkommen zu treffen, aber wer es weiß, welchen Schaden oft Arbeiterfamilien haben, die mit ein paar Ratenzahlungen im Rückstand geblieben sind, wie ihnen alle die Einrichtungsgegenstände wieder abgenommen werden, für die sie lange Zeit gespart und gedarbt haben, wird einen solchen Versuch immer für wünschenswert halten.

Freilich birgt das Abzahlungswesen noch andere Schäden in sich. In erster Linie kommt noch in Betracht der hohe Preis für alle Waren, die in den Abzahlungsgeschäften verkauft werden. Schon vielfach ist festgestellt worden, daß in den Abzahlungsgeschäften, namentlich in anbetracht der Qualitäten geradezu ungeheuerlich hohe Preise gefordert werden. Weiter kommt in Betracht, daß durch die Waren der Abzugsgeschäfte in den armen Bevölkerungskreisen eine tolle Geschmacksverwilderung hervorgerufen worden ist. Seit einigen Jahren wird von verschiedenen Seiten der Versuch gemacht, auch für die ärmeren Volkskreise geschmackvollere Wohnungseinrichtungen herzustellen. Alle diese Versuche müssen scheitern, da die Abzahlungsgeschäfte den jungen Arbeiterfamilien immer wieder den schlechtesten Schund verkaufen, Sachen, die oft schon nach Beendigung der Abzahlungen so gut wie wertloses Gerümpel sind. Hauptsächlich großstädtische Arbeiter, die wegen des Wechsels der Arbeitsstellen oft umziehen müssen, merken oft schon nach den Strapazen des zweiten oder dritten Umzuges, wie wenig dauerhaft die im Abzahlungsgeschäft gekauften Möbel sind. Nach dieser Richtung hin eine Verbesserung zu erreichen, wird allerdings ziemlich schwer sein. Eine Abstellung der größten Mißstände im Abzahlungswesen läßt sich vielleicht erreichen, wenn in der Arbeiterpresse, von Arbeitersekretariaten, Rechtsauskunftstellen usw. immer wieder Fälle vor die Oeffentlichkeit gebracht werden, in denen arme Leute in besonders stark hervortretender Weise übervorteilt und drangsaliert worden sind.

Allgemeine Rundschau.

Zur Betriebseinschränkung in der süddeutschen Textilindustrie.

Schon seit mehreren Wochen lassen nun die hiesigen Webereien jeden Montag ihre Betriebe still stehen. Daß dies von großem Nachteile, speziell für die Arbeiterschaft ist, liegt auf der Hand. Nun soll, wie bestimmt verlautet, diese Betriebseinschränkung auch auf das 2. Quartal 1914 ausgedehnt werden. Das „Elsässische Textilblatt" schreibt in seiner letzten Nummer hierüber folgendes:

„Von befreundeter Seite wird uns heute mitgeteilt, daß die in Aussicht genommene Verlängerung der Betriebseinschränkung auf das 2. Quartal 1914 nur nach langwierigen Verhandlungen zustande kommen dürfte, da ein großer Teil der süddeutschen Weber dem Münchener Beschluß nicht zugestimmt hat. Auch die elsässischen Weber haben sich mit dem Beschluß nicht einverstanden erklären wollen, weil sie einerseits für die nächsten Monate beschäftigt sind und weil andererseits die Ansicht vorherrscht, daß eine Verlängerung der Betriebseinschränkung ohne Einfluß auf die Preisgestaltung für Webware sein wird. Man meint, daß die Preise für Rohtücher trotz der Betriebseinschränkung nicht festgehalten werden können, wie die Erfahrungen der letzten Wochen gezeigt haben.

Da es aber kaum einem Zweifel unterliegt, daß vor dem 3. Quartal an einen nennenswerten Aufschwung im Geschäftsleben nicht zu denken sein wird, wird man sich trotz großer Abneigung schließlich veranlaßt fühlen, sich dennoch für die verlangte Erweiterung der Betriebseinschränkung mit den übrigen süddeutschen Kollegen solidarisch zu erklären, so daß vielleicht doch noch eine Verständigung zustande kommen dürfte."

Die gefährliche Puppe mit dem roten Schleifchen!

In Ochtrup, einem Ort im nördlichen Münsterland (wegen der Bekämpfung der Selbsthilfebestrebungen der Arbeiter nicht unbekannt) hatte unsere Ortsgruppenleitung einen öffentlichen Familienabend mit Lichtbildervortrag angesetzt. Der Lichtbildervortrag behandelte die Verhältnisse in der Heimindustrie; Arbeitserzeugnisse, Löhne, Arbeitsräume ꝛc. Es handelte sich also um eine absolut einwandfreie, belehrende Vorführung, wozu die Lichtbilder von der Volksvereinszentrale in M.-Gladbach bezogen waren. Allein, die in Bezug auf die von unserem Verband unternommenen Schritte allzeit wachsame Behörde in Ochtrup war rechtzeitig auf dem Plane, um großes Unheil von Ochtrup abzuwenden. Hätte sie nicht eingegriffen, wäre vielleicht ganz Ochtrup durch den Anblick einer roten Puppenschleife vom Rotkoller befallen worden. Die Behörde verlangte vor der Veranstaltung die Vorführung der Lichtbilder. Nach vielem Hin und Her erteilte sie dann gütigst die Erlaubnis zur Vorführung derselben, hob aber in dem schriftlichen Bescheid — und nun kommt das Schönste — ausdrücklich hervor, daß ein Bild „Nr. 32, darstellend ein totes, weißgekleidetes Kind mit roter Schleife" nicht vorgeführt werden dürfte. **O, diese weise, besorgte und wohlwollende Behörde!**

Wie verhielt es sich denn mit dem toten, weißgekleideten Kind mit der schrecklichen roten Schleife? Nun, es war eine einfache Gliederpuppe mit rotem Bändchen, wie sie in der Heimindustrie hergestellt werden. In dem der Behörde vorgelegten, mündlichen Vortragstext waren die Arbeitsverhältnisse der Puppenarbeiter und der Lohn für die Puppe sogar angegeben. Aber das rote Schleifchen hatte es der Ochtruper Behörde sicher angetan. Sie hat durch ihr „kluges und weitblickendes Vorgehen" jedenfalls eine große Gefahr von Ochtrup abgewendet. — Was doch im 20. Jahrhundert nicht noch alles möglich ist!

Nun etwas anderes: In dem Programm des erwähnten Familienabends waren auch einige mehrstimmige Lieder von einem Gesangverein vorgesehen, dessen Mitglieder meist in dem großen Laurenzschen Betrieb arbeiten. Schon vor Beginn der Veranstaltung wurde erzählt, „der Gesangverein hält seine Zusage nicht aufrecht, die Betriebsdirektion der Laurenzschen Fabrik hat einen Druck ausgeübt." Und richtig, der Gesangverein erschien auch nicht auf dem Familienabend der Ortsgruppe des christlichen Textilarbeiterverbandes. — Ob denn gewisse Kreise gar nicht einsehen, daß sie mit ihrem Vorgehen — abgesehen von allem anderen — nur der Sozialdemokratie Vorschub leisten?

Unser internationales Korrespondenzblatt.

Zu der Herausgabe eines Korrespondenzblattes seitens der Internationalen Vereinigung christlicher Textilarbeiterorganisationen schreibt die letzte Nummer des „Zentralblattes":

„Zur Herausgabe eines internationalen Korrespondenzblattes hat sich die Internationale Vereinigung christlicher Textilarbeiter entschlossen. Es handelt sich um eine Vierteljahrsschrift, die in deutscher, holländischer und französischer Sprache für die christlichen Textilarbeiter in Deutschland, der Schweiz, Oesterreich, Holland und Belgien herausgegeben wird, während sich der italienische christliche Textilarbeiterverband infolge seiner geringen Mittel an dem Korrespondenzblatt einstweilen nicht beteiligen kann. Der Personenkreis, unter den die Korrespondenz verteilt wird, ist ein beschränkter.

Das Korrespondenzblatt soll über die bereits bestehende Verbindung hinaus die Beziehungen zwischen den einzelnen Ländern pflegen. Der Gedanke der Herausgabe ist jedenfalls ein sehr plausibler, sobald man sich vor Augen hält, daß auf diese Weise die in den einzelnen Ländern gemachten Erfahrungen nicht auf die führenden Personen beschränkt bleiben, sondern einem größeren Kreis der in der Agitation und Organisation stehenden Mitglieder zur Kenntnis kommen. Es zeigt sich immer mehr, daß insbesondere die Form der organisatorischen Betätigung in allen Ländern auf Einheitlichkeit drängt, weil die Voraussetzungen für den Erfolg der gewerkschaftlichen Tätigkeit sich überall stark ähneln. Diese Erkenntnis wird noch dadurch gestützt und gestärkt, daß die Arbeitgeber in steigendem Maße den organisierten Arbeitern eine einheitliche Front gegenüberstellen. Schließlich spielen insbesondere bei den Textilarbeitern ähnliche und gleiche Berufsinteressen in den verschiedenen Ländern eine wichtige Rolle. Kaum in einem anderen Berufe hat sich das in den letzten Jahren deutlicher gezeigt wie gerade hier, und zwar in der Hauptsache unter der aufrüttelnden Wirkung einer Krise, deren internationales Gepräge auch dem Fernerstehenden nicht entgehen kann. Für den europäischen Kontinent kommt dazu die in den einzelnen Ländern bestehende wachsende Besorgnis in bezug auf die ausreichende und lohnende Versorgung mit Rohprodukten. Alle diese Fragen — darüber herrscht heute wohl keine Meinungsverschiedenheit mehr — berühren die Arbeiter aller Länder, und es ist eine ganz natürliche Entwicklung, daß sich die organisierte Arbeiterschaft darüber auch international auseinander zu setzen sucht.

Man kann daher wohl ohne Einschränkung sagen, daß diese neueste Aktion der christlichen Textilarbeiter einem tatsächlichen Bedürfnis entspricht. Dieselbe ist denn auch von unsern aufrichtigen Wünschen begleitet!"

Gründlich abgebürstet.

Der sattsam bekannte Herr Dr. August Erdmann leidet an der Sucht, sich bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten an den christlichen Gewerkschaften zu reiben. Unlängst unternahm er im Reichstage wiederum den Versuch, doch wurde ihm da vom Kollegen Giesberts gründlich heimgeleuchtet. Der streitlustige und „wahrheitsliebende" Herr Doktor hatte den christlichen Gewerkschaften den Vorwurf der Arbeiterzersplitterung gemacht. Darauf antwortete ihm Kollege Giesberts u. a. folgendes: Der Vorredner (Erdmann) habe geglaubt, auf die christlichen Gewerkschaften eingehen zu sollen und ihm (Giesberts) persönlich und den christlichen Gewerkschaften resp. ihren Gründern den Vorwurf machen zu müssen, sie hätten freventlich gehandelt, indem sie die Einigkeit der Arbeiterklasse durchbrochen hätten durch die Sondergründung der christlichen Gewerkschaften. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

„Sehr unrichtig, Herr Kollege Sachse, das Gegenteil ist der Fall. (Sehr richtig! im Zentrum.) **Sie, die Herren von der sozialdemokratischen Partei, haben den gesunden Gewerkschaftsgedanken in die Parteischablone hineingepreßt und haben dadurch die Zersplitterung herbeigeführt.** (Sehr richtig und lebhafte Zustimmung im Zentrum. Lachen und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Es gäbe heute in Deutschland keine Zersplitterung der gewerkschaftlichen Organisation, wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) nicht die **Gewerkschaft für Ihre Parteiinteressen gemißbraucht hätten bis auf den heutigen Tag.** (Beifall im Zentrum, Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Das zu beurteilen müssen Sie (zu den Sozialdemokraten) schon uns überlassen, weil wir diejenigen sind, die früher bei Ihnen und unter Ihrer Führung gestanden haben, die das persönlich empfunden haben und die sehr wohl wissen, weshalb sie von Ihnen weggegangen sind und die christlichen Gewerkschaften begründet haben. Ich weise also diesen Vorwurf, die christlichen Gewerkschaftler handelten freventlich, wenn sie eine Sonderorganisation errichteten.

mit aller Entschiedenheit zurück, im Gegenteil, es ist Pflicht aller christlich-national denkenden Arbeiter, sich möglichst diesen christlichen Gewerkschaften anzuschließen als Gegengewicht gegen Ihre (zu den Sozialdemokraten) Organisationen. Wenn in England und Amerika die Trade-Unions heute noch unabhängig und neutral sind, so werden Sie (zu den Sozialdemokraten) erleben: wenn auch dort die sozialistischen Bestrebungen in gleicher Weise sich bemerkbar machen wie in Deutschland, so wird auch dort mit Naturnotwendigkeit die Spaltung der Organisation eintreten; jedenfalls haben Sie (zu den Sozialdemokraten) dort zu zeigen, ob Sie und Ihre Richtung es überhaupt versteht, die religiösen und sittlichen Auffassungen anderer Menschen zu respektieren."

Kollege Giesberts kam dann auf den von einem bürgerlichen Blatte ausgegangenen Vorschlag zu sprechen, die christlichen Gewerkschaften möchten ihr Firmenschild ändern. Einer Aenderung des Firmenschildes bedürfte es durchaus nicht.

„Dieses Firmenschild ist so rein und hat sich so glänzend erwiesen, trotz der heftigen Angriffe (Gelächter bei den Sozialdemokraten), die im Kölner Prozeß so gründlich widerlegt worden sind (lärmender Widerspruch, Gelächter und Zurufe bei den Sozialdemokraten: das durfte nicht kommen!), daß in der Tat kein Anlaß vorliegt, es zu ändern. (Lebhafter Beifall und Zustimmung im Zentrum.) Von all den nichtsnutzigen Angriffen, die Sie (zu den Sozialdemokraten) gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung und ihre Führer erhoben haben, haben Sie (zu den Sozialdemokraten) auch nicht das Schwarze unter dem Nagel nachweisen können. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ein Firmenschild, das sich als so gut erwiesen hat, das ändern wir nicht — auch aus grundsätzlichen Erwägungen heraus." (Beifall im Zentrum.)

Im übrigen sei es bemerkenswert, daß der dritte Redner, ausgerechnet der dritte Redner der sozialdemokratischen Partei, der den christlichen Gewerkschaftsführern den Vorwurf mache, sie hätten Uneinigkeit in die Arbeiterklasse hineingetragen, daß der nämliche Mann den Angriff auf die christlichen Gewerkschaften vornahm, „und das in einem Zeitpunkt, wo die Arbeiter wahrlich alles vermeiden sollten mit Rücksicht auf die Gefahren, die dem Koalitionsrechte drohen, daß da die Herren von der Linken diesen Streit in die Arbeitermassen hineinwerfen." (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Die Ausführungen des Kollegen Giesberts waren für den Herrn Dr. Erdmann „starker Tabak". Die Hiebe hatten den „besten Kenner der christlichen Gewerkschaften" arg geschmerzt. Er redete noch einmal. Die ganze Sache sollte dann nicht bös gemeint gewesen sein. Doch der Kollege Giesberts schenkte ihm nichts und bürstete ihn nochmals ab. Die sozialdemokratischen Arbeiterzersplitterer werden die Ausführungen Giesberts so bald nicht vergessen.

Von einem christlichen Krankenkassenskandal

wußte die gesamte sozialdemokratische Presse in den letzten Tagen mit großem Aufwand sittlicher Entrüstung zu berichten. Es handelt sich um die Ortskrankenkasse der Handwerker in Krefeld, an deren Spitze ein Beamter des christlichen Bauarbeiterverbandes, namens Schwarz stand.

Der Kassenleitung wird in der Hauptsache zum Vorwurf gemacht, daß die Geschäfte so in Unordnung wären, daß die für den 1. Januar 1914 vorgesehene Ueberführung in die allgemeine Ortskrankenkasse erst mehrere Monate später erfolgen könne. Ferner wird behauptet, daß dem Rendanten Kamper eine Pension in der Höhe des vollen Gehalts, jährlich 4500 M. bewilligt, und zur Sicherstellung dieser Pension aus dem Kassenvermögen 170000 M. festgelegt worden seien. Wenn die Vorwürfe auf Wahrheit beruhten, würde man das auf keinen Fall gutheißen können. Wie aus öffentlichen Erklärungen des Kassenvorstandes in der Krefelder Tagespresse hervorgeht, liegen die Verhältnisse aber doch ganz anders.

Demnach sind die Verhandlungen über die Pensionierung des Rendanten noch nicht abgeschlossen, mithin ist auch die Höhe der Pension noch nicht bestimmt. „Soviel kann aber gesagt werden, daß die Pensionierung mit vollem Gehalte nicht stattfindet", so heißt es in der betreffenden Erklärung. Die Sicherheit von 70000 M., nicht 170000, sei nur eine vorläufige, und sei deshalb notwendig gewesen, weil die Kasse der Handwerker demnächst in die allgemeine Ortskrankenkasse überführt würde, ohne eine Rechtsnachfolgerin zu haben. Daß die Abwicklung der Geschäfte bis 1. Januar nicht erfolgen konnte, liege darin begründet, daß die Kasse es mit einer großen Zahl kleiner leistungsunfähiger Unternehmer zu tun hätte und infolgedessen einen erheblichen Teil der Kassenbeiträge gerichtlich eintreiben müsse. Ueber den Zeitpunkt der Rechnungsablage und Uebergabe des Vermögens sei schon im Januar eine Verständigung mit dem Versicherungsamt herbeigeführt worden.

Soweit in der Hauptsache die Darstellung des angegriffenen Kassenvorstandes, woraus ohne weiteres ersichtlich ist, daß von einem „Skandal" nicht geredet werden kann. Im Uebrigen ist die sozialdemokratische Presse in letzter Linie befugt, aus solchen Vorgängen Kapital zu schlagen. Die Sozialdemokratie hat so viele Krankenkassenskandale in ihrem Lager zu verzeichnen, daß sie genug vor der eigenen Türe zu fegen hat. Erinnert sei hier nur an Solingen, Düsseldorf, Leipzig, München-Oberöllkofen usw. Gegenüber dem sozialdemokratischen Spektakel über die Pension von 4500 M. erinnert der Vorstand der Krefelder Ortskrankenkasse der Handwerker daran, daß in der von Sozialdemokraten verwalteten Ortskrankenkasse für Fabrikbetriebe in Elberfeld dem Rendanten M. . . eine Pension in Höhe des vollen Gehalts von 6000 M. pro Jahr zugesprochen wurde. Der Mann ist nur 52 Jahre alt, während der Rendant in Krefeld 65 Jahre alt ist und 39 Jahre im Dienste der Kasse gestanden hat. Ueber den Elberfelder Fall, der viel krasser liegt wie der noch gar nicht erledigte in Krefeld, hat sich die sozialdemokratische Presse bis heute noch nicht entrüstet. Die bekannte Doppelmoral, die bei der Sozialdemokratie auf allen Gebieten zu beobachten ist.

Wiederaufleben des Arbeitskammergedankens!

Nach einer Mitteilung des badischen Ministers des Innern Frhrn. v. Bodmann vor der zweiten Kammer am 29. Januar soll der Gedanke der Errichtung von Arbeitskammern noch nicht aufgegeben sein, vielmehr sei anzunehmen, daß die Reichsleitung ihm wieder nähertreten werde, sobald die umfassenden Arbeiten, welche die Reichsversicherungsordnung mit sich gebracht hat, abgeschlossen sind. Der Abschluß der mit der Reichsversicherungsordnung verknüpften Arbeiten kann sich noch recht lange hinziehen, darum zielt also die Mitteilung des badischen Ministers auf einen fernen Zeitpunkt. Auch müßte der Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück seinen Standpunkt in der Arbeitskammerfrage ändern und sich zur Zulassung der Arbeitersekretäre bekehren, wenn der Plan öffentlich-rechtlicher Arbeiter- und Arbeitgebervertretungen endlich fruchtbare Gestalt annehmen sollte; ohne jene Bedingung bleiben die Arbeitskammern für die meisten Gewerbe zwecklose Gebilde und für den Reichstag voraussichtlich unannehmbar.

Fußtritte anstatt Arbeitslohn.

Die Autorität mancher Arbeitgeber leidet es angeblich nicht, daß sie mit Arbeiterorganisationen und deren Vertreter verhandeln und ihnen Zugeständnisse machen. Einem solchen überspannten Autoritätsgefühl werden viele und zuweilen große Opfer gebracht. In den Augen der Arbeiterschaft leidet gerade dadurch die Autorität, daß manche Arbeitgeber zu sehr den „Herrenmenschen" herauskehren.

Von zwei solchen Herrenmenschen wurden uns folgende Vorfälle aus Bocholt berichtet: Eine Frau, in Arbeit bei der Firma Kr., hatte während der Krankheit die Kündigung eingereicht. Nach der Genesung, zirka drei Wochen nach der Kündigung, ging die Frau zur Firma, ihre Papiere zu holen. Bei dieser Gelegenheit bat sie auch um den noch rückständigen Lohn von zirka sechs Mark. Der gerade allein anwesende Vertreter der Firma, Herr Wiethold, herrschte die Frau in aufbrausendem Tone an und sagte: „Ich verklage Sie am Gewerbegericht, Sie sollen weiterarbeiten, den Lohn bekommen Sie überhaupt nicht!" Die Frau machte die Einwendung, daß sie doch gekündigt habe und fügte noch hinzu, die Klage sollte die Firma sich nur sparen, wenn der Lohn nicht ausgezahlt würde, werde sie schon selbst eine Klage einreichen. Solche Worte schien der Herr Wiethold nicht gewohnt zu sein. In seiner Raserei faßte er die Frau tätlich an und stieß sie vom Kontor herunter.

Die Frau wagte ob dieser Grobheit abermals Einwendungen zu machen. Da schien aber dem Herrn die Galle überzulaufen. Er verfolgte die Frau, stieß sie gegen eine Wand und gab ihr einen Fußtritt, daß sie zu Boden stürzte.

Wir können uns von der geistigen Verfassung dieses Arbeitgebers keinen Begriff machen, daß aber jemand, der Anspruch auf Bildung macht, sich soweit vergessen kann und eine wehrlose Frau zu Boden tritt, wird jedenfalls noch nicht vorgekommen sein. Dafür haben wir an dieser Stelle nur ein kräftiges Pfui!

In einem anderen Falle wird uns berichtet, daß der Chef der Firma Alb. Tangerding in Gegenwart des Obermeisters einen Lehrling vor den Leib getreten und ihn dabei einen „Saufsack" genannt hat. Der Obermeister ist noch nicht sehr lange bei der Firma tätig. Obwohl die Arbeiter nicht viel Erfreuliches von ihm berichten, dürfen wir doch wohl hoffen, daß er in dieser Beziehung bei seinem Prinzipal keine Schule macht.

Diese Fälle stehen hier wohl vereinzelt da, es liegt uns auch durchaus fern, diese Vorkommnisse zu verallgemeinern; schweigend darüber hinwegzugehen, ist aber auch nicht angebracht. Die genannten Herren sind

---

Berufswahl und Lebensglück.

Dem Beobachter unseres wirtschaftlichen Lebens drängt sich immer deutlicher die Ueberzeugung auf, daß die Zukunft der Arbeit der deutschen Volkes, ihre wirtschaftlichen Erfolge auf dem In- und Auslandsmarkt in hohem Maße davon abhängen werden, wie das deutsche Volk in der Lage sein wird, seine Leistungsfähigkeit zu steigern und damit im Wettbewerb seinen Vorrang zu behaupten. Das gilt namentlich auch nach der gewerblichen Seite hin. Darum muß in Zukunft erhöhte Aufmerksamkeit darauf gelegt werden, daß an die Stelle der ungelernten Arbeit immer mehr die gelernte zu Qualitätsleistungen befähigende Arbeit tritt. Bei der Berufswahl, die in nicht zu ferner Zeit als eine der wichtigsten Lebensfragen wieder an Hunderttausende von Kindern unseres Volkes herantritt, muß danach gestrebt werden, daß an Stelle des ungelernten Berufes wieder mehr der gelernte Beruf gewählt wird. Dabei verstehen wir unter gelerntem Beruf jede Erwerbstätigkeit, welche eine bestimmte Lehrzeit zur Aneignung von Fachkenntnissen erfordert — praktisch in guten Lehrstellen, theoretisch in den Fortbildungsschuleinrichtungen — mag es sich hier nun um die Industrie, den Kaufmannsstand, das Handwerk, oder sonst ein Gebiet menschlichen Wirkens handeln.

Wenn nun auch eine genauere Durchforschung der Ergebnisse der letzten Berufs- und Betriebszählung ergibt, daß die Zahl der Gelernten stärker wächst als die Ziffer der Ungelernten, so ist die letztere dennoch verhältnismäßig recht hoch. Recht bemerkenswert ist nach dieser Richtung hin eine Erhebung des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes, die dieser im Jahre 1907 bei Verwaltungsbehörden und einigen Statistischen Aemtern der Großstädte darüber veranstaltet hat, in welchem Umfang sich die schulentlassene Jugend den einzelnen Berufen zuwendet. Greifen wir nur die Zahlen über die Schreiber und ungelernten Arbeiten heraus. In Berlin wollten im Jahre 1903/04 9,86%, im Jahre 1906/07 13,64% der zur Schulentlassung kommenden Volksschüler ungelernte Fabrikarbeiter werden. In den Schreibdienst wollten 1906/07 3,99% gehen. In Charlottenburg bewegte sich die Prozentziffer derjenigen, die ungelernte Arbeiter werden wollten, in den Jahren 1899/1904 zwischen 7,16 und 9,27%, der der Schreiber zwischen 4,20 und 6,19%, in Hamburg zwischen 7,29 und 10,21% bezw. 2,38 und 4,19%. In Altona wollten 1905 13,87% ungelernte Arbeiter werden, in Lübeck 1905/06 10,77%. In Elberfeld waren im Jahre 1903/04 19,42 und im Jahre 1904/05 18,25% als künftige ungelernte Arbeiter zu verzeichnen und 2,49 bezw. 2,82% für den Schreibdienst. In Kassel betragen die Verhältniszahlen in den Jahren 1904 bis 1906 für die ungelernten Arbeiter 5,56, 9,75 und 6,37 und für den Schreibdienst 9,03, 8,57 und 6,22. In Wiesbaden in denselben Jahren für die ungelernten Arbeiter 18,26, 16,27, 25,16 und für den Schreibdienst 3,24, 6,68 und 2,23. Diese Ziffern würden ergeben, daß in den Großstädten mindestens 10 bis 20% der Volksschüler ungelernte Arbeiter oder Schreiber werden. Es ist aber noch zu berücksichtigen, daß bei den Erhebungen viele Schüler noch nicht angeben konnten, welchem Beruf sie sich widmen wollten.

In Erwägung dieser sowie noch einiger sonstiger Verhältnisse nimmt z. B. Dr. Altenrath in seiner Schrift: Berufswahl und Lehrstellenvermittlung (M.-Gladbach 1911) an, daß in den größeren Städten und Industriegegenden mindestens 20 bis 30% der Volksschüler einer ungelernten Beschäftigung zuwenden.

Nun ist die Tatsache ja nicht von der Hand zu weisen, daß es nicht in allen Fällen möglich sein wird, einen gelernten Beruf zu ergreifen. Wo der Ernährer fehlt oder dessen Arbeitskraft ganz oder teilweise gelähmt ist, wo zahlreiche noch nicht versorgte Kinder vorhanden sind, da wird es nicht zu umgehen sein, daß der Schulentlassene sich einem ungelernten Beruf zuwendet, um ja bald zu verdienen und seiner Familie eine Stütze zu sein. Aber andererseits ist es ebenso eine Tatsache, daß es in vielen Fällen gar nicht das zwingende Bedürfnis, sondern Sorglosigkeit oder Nachlässigkeit der Eltern sind, wenn der Jugendliche einen ungelernten Beruf einem gelernten Beruf vorzieht. Die erheblichen Nachteile, die jener gegenüber diesen mit sich bringt, werden dabei leicht übersehen. Zwar fühlt sich bei dem ungelernten Beruf der Jugendliche ungebundener, dafür oder gerade deswegen drohen ihm um so größere Gefahren sittlicher oder moralischer Art. Und was die materielle Seite anbelangt, so ist der Schulentlassene im ungelernten Beruf in der ersten Zeit allerdings gegenüber dem Lehrling durch seinen sofortigen Verdienst im Vorteil. Das ändert sich aber bald. Der Gelernte ist immer besser gelohnt als der Ungelernte. Alle Schwankungen des Arbeitsmarktes treffen den Ungelernten häufiger und stärker. Ein größerer Zustrom von Arbeitskräften setzt ihn dem empfindlichsten Lohndruck aus. In Krisenzeiten verfällt er am häufigsten und längsten der Arbeitslosigkeit. Infolge seiner schwächeren Position auf dem Arbeitsmarkt ist er auch nicht so organisationsfähig und hat infolgedessen nicht in dem Maße die Möglichkeit, durch die Organisation günstige Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Längere Arbeitszeiten und größere Abspannung, infolgedessen schnellerer Verbrauch der Kräfte und frühere Invalidität sind bei den Ungelernten vorherrschend. Am unglücklichsten ist ihre Lage, wenn sie älter und weniger leistungsfähig werden. Ihre Brauchbarkeit beruht ja nicht auf Kenntnissen und Fertigkeiten, sondern auf ihrer Frische, Schnelligkeit und Kraft. Kenntnisse und Fertigkeiten können mit steigendem Alter zunehmen, die Kraft aber schwindet. Mangel und Not sind dann vielfach das Ende.

Umgekehrt im gelernten Beruf. Er gewährt ein ungleich höheres und sicheres Einkommen als der ungelernte und damit eine höhere Anteilnahme an den Kulturgütern, insbesondere steigende Löhne und mäßigere Arbeitszeit. Unter dem Einfluß der Meister und sonstiger Vorgesetzter ist die Gefahr moralischer Verwahrlosung wesentlich geringer. Der krasse Zwang zur Arbeit entwickelt individuelle Kräfte und Tugenden. Kurz, die richtig aufgefaßte, systematische Berufsausbildung, die die Wahl eines gelernten Berufes mit sich bringt, bedeutet Entfaltung und Entwicklung der körperlichen Fertigkeiten wie auch der geistigen und sittlichen Fähigkeiten, bedeutet Erziehung zu wirtschaftlicher Kraft und Selbständigkeit wie auch zu sittlich rechtem Handeln und Wirken, bedeutet Erziehung zur Arbeitsfreude und Lebensglück. Dem Staate schaffen wir dadurch nicht nur tüchtige Bürger, sondern wir dienen seiner ganzen wirtschaftlichen und kulturellen Machtentfaltung, denn tüchtige berufliche Ausbildung einer immer größeren Zahl von Volksgliedern bedeutet Hebung der gewerblichen Produktion überhaupt. (Altenrath. a. a. O.) Gerade diese letztere Seite ist, wie einleitend bereits hervorgehoben wurde, gerade auch für unsere deutsche Volkswirtschaft und unser gesamtes Volkswohl von ausschlaggebender Bedeutung, wo die Tatsache unverkennbar ist, daß auf dem Markt der Zukunft das Land stets an erster Stelle stehen wird, das über die tüchtigste und bestausgebildete Bevölkerung verfügt.

Aus alledem mögen die Schulentlassenen und ihre Eltern ersehen, um welche wichtige Sache es sich handelt, wenn sie bei der Berufswahl den gelernten Beruf dem ungelernten vorziehen. Sache der Gemeinden vornehmlich aber ist es, Hand in Hand mit anderen berufenen Organen Gelegenheit zu schaffen, wo Rat und Auskunft erteilt wird im Sinne vorstehender Ausführungen. Nach dieser Richtung hin hat aber einen empfehlenswerten Weg die Stadt Düsseldorf eingeschlagen, indem sie ein Städtisches Berufsberatungsamt als eine Abteilung der Städtischen Schulverwaltung eingerichtet hat. Diese Angliederung wurde gewählt, weil ohne eine tatkräftige Mitarbeit der Lehrerschaft die Beratung nicht das erreichen kann, was erreicht werden muß. Mit dem Berufsberatungsamt ist ein Lehrstellennachweis verbunden. Die verschiedenen Behörden, die Handwerks- und Handelskammer, die Innungen, Gewerkschaften usw. haben dem Berufsberatungsamt Vertrauensmänner zur Verfügung gestellt, die das vorhandene gedruckte Material auf Vollständigkeit und Richtigkeit durchgesehen und als Berater in schwierigen Fällen eintreten wollen. Durch sie wird ferner eine Prüfung und Begutachtung der angemeldeten Lehrstellen stattfinden. Dieses Städtische Berufsberatungsamt ist nur für Knaben bestimmt. Es arbeitet jedoch in engster Gemeinschaft mit bestehenden Auskunftsstellen für weibliche Berufe. In den Schulen werden zurzeit Flugblätter verteilt, die auf die Wichtigkeit der Berufswahl und auf das Berufsberatungsamt hinweisen. — Unseres Wissens besteht ein derartiges Berufsberatungsamt schon seit längerer Zeit in Halle a. S., und ist hier mit gutem Erfolg wirksam. Auch in einer Reihe sonstiger Städte sind Maßnahmen auf dem Gebiete der Lehrstellenvermittlung getroffen worden, man hat aber den Eindruck, als ob dieselben noch vielfach in den Anfängen steckten.

dafür bekannt, daß sie mit Arbeitern nicht gut anständig umgehen können. Anzeige ist erstattet. Möge das Gericht durch eine exemplarische Strafe diesen „Herren" etwas Vernunft beibringen. Mögen alle Arbeiter, besonders diejenigen der beiden Firmen, daraus die Lehre ziehen, daß solchen Arbeitgebern nur durch straffe Organisation beizukommen ist. Solche Vorkommnisse sollen nicht bewirken können, uns davon abzuhalten, in anständiger und nobler Weise unsere Rechte zu vertreten.

Streik und Korruption im gelben Lager.

Wie die Berliner mit den Essener Gelben schon seit längerer Zeit auf Kriegsfuß stehen, so tobt auch im Lager der Hamburger Gelben ein heftiger Bruderkrieg, der bisher in der Oeffentlichkeit wenig beachtet wurde. Ein gelbes Blatt, „Der Hamburger Hafenarbeiter", Organ des Hamburger Hafenarbeitervereins, deckt in seiner Nr. 16 vom 16. Dez. 1913 einen übelriechenden Sumpf aus dem gelben Lager auf. Da wird zunächst von einer Palostrevolution in dem „Nationalen (lies: gelben) Handwerksgehilfenverband" (Lindenstraße 7—9) erzählt, die durch eine unverantwortliche Wirtschaft mit den Vereinsgeldern verursacht wurde. In der Zeit von Januar bis November seien insgesamt 16 000 M. Einnahmen zu verzeichnen, darunter aber nur 2229 M. Mitgliederbeiträge. Von diesen Geldern sei im November nichts mehr da gewesen, obschon den Einnahmen nur eine Ausgabe von 8633,35 M. gegenüberstehe. **Diese Summe habe der erste Vorsitzende und der Schatzmeister allein für Gehälter und Spesen erhalten.**

Für Beschaffung von Arbeitswilligen seien dem Vorstand von einem Arbeitgeber 1100 M. überwiesen worden (also die richtige Streikbrechervermittlung). Zwei Vorstandsmitglieder seien dieserhalb nach Leipzig und Chemnitz gefahren, **hätten innerhalb 4—6 Tagen 728,50 M. für sich verbraucht und sich dann noch drahtlich von einem Hamburger Unternehmer 140 Mark schicken lassen, damit sie wieder nach Hamburg zurückfahren konnten.** Wie es in diesen gelben Vereinen zugeht, sagt der „Hafenarbeiter" mit folgenden Worten:

„. . . Der Vorstand macht die Statuten, wählt sich selbst auf 5 Jahre, übernimmt die Regelung der Geldgeschäfte und nun heißt es Michel zahle." Wenn dann kein Geld mehr da sei, würden die Unternehmer angebettelt.

Ein Teil der Mitglieder dieses gelben Vereins trennte sich ab und gründete einen neuen gelben Verband. In einer Versammlung am 10. Dezember kam es zu einem ungeheuren Krach, bei dem sogar die Polizei einschreiten mußte. Das genannte gelbe Blatt berichtet darüber:

„Gegen den Willen des Vorstandes und trotzdem dieser Polizei zu Hilfe rief, wurden die ausgeschlossenen Mitglieder zugelassen und die Erregung erreichte ihren Höhepunkt, als die Versammlung einstimmig den famosen Vorstand absetzte und als Leiter der Versammlung die ausgeschlossenen Kollegen Fricke und Güntzel wählte."

Die abgesetzten Vorstandsmitglieder werden dann als die großen Kämpen verhöhnt, die den „Patriotismus zum Geschäft zu stempeln verstanden hatten". Am Schluß dieses vielsagenden Berichts heißt es noch wörtlich:

„Einer der Vorstandsmitglieder soll bereits verhaftet sein, ob der schlimmste und gefährlichste davon zur Zeit betroffen ist, entzieht sich unserer Beurteilung. Wir freuen uns, daß Arbeiter den Mut gefunden, sich rücksichtslos von Vampyren zu befreien, die ihre Tätigkeit und ihre nationale Gesinnung in den Augen jedes anständigen Menschen herabzuwürdigen verstanden haben."

Möge das eine Warnung für die Arbeiter sein, ruft das gelbe Blatt zum Schluß aus. Dem können wir uns, und zwar mit Bezug auf den gelben Sumpf im allgemeinen, nur vollinhaltlich anschließen

---

Sozialdemokratie und Zolltarif.

Die Beratungen zur Erneuerung unserer Handelsverträge stehen vor der Tür und damit die Frage, ob und in welcher Weise an unserem jetzigen Zolltarif geändert werden soll. Der Staatssekretär Dr. Delbrück hat unlängst im Reichstage erklärt, daß die Regierung die Vorlage eines neuen Zolltarifs oder eine Novelle dazu nicht beabsichtige. Der jetzige Tarif habe sich bewährt und wesentliche Aenderungen im Ausmaß des Zollschutzes nach oben oder nach unten seien nicht zu erwarten. Es könne sich nur um eine Revision des Tarifs im einzelnen handeln.

Einem Teile der sozialdemokratischen Presse gefällt das ganz und gar nicht. Sie möchte die erbitterten Zollkämpfe von 1902 wiederholen. Bei der Beratung des geltenden Zolltarifs im Jahre 1902 hat sie bekanntlich zu allen Tarifstellen Zollfreiheit beantragt. Damit und mit ihrem heftigen, bis zur regelrechten Obstruktion gesteigerten Widerstand hat sie damals den deutschen Arbeitern den denkbar schlechtesten Dienst erwiesen. Sie hat die deutsche Arbeiterschaft bei diesem außerordentlich wichtigen Werk der Gesetzgebung so gut wie vollständig ausgeschaltet. Eine Beeinflussung der großen Oeffentlichkeit und der gesetzgebenden Körperschaften zugunsten wirklich berechtigter, praktisch durchführbarer Forderungen im Interesse der Verbraucher hat die Sozialdemokratie verhindert. Im Reichstage aber wurde das Gesetzgebungswerk erledigt, ohne eine eingehende Besprechung und gründliche Durchberatung der einzelnen Tarifstellen, die unzweifelhaft hier und da zugunsten der Verbraucher hätten geändert werden können, erfahren zu haben. Das war der „sachliche Erfolg" der sozialdemokratischen Obstruktion.

Aber es möchten diesmal einige Radikale der Partei das Spiel von 1902 wiederholen. Durch einen Teil der sozialdemokratischen Presse machte kürzlich ein Artikel die Runde, worin die Parteiangehörigen aufgefordert werden, „alle Kräfte daran zu setzen, einen Volkssturm hervorzurufen, der bis in die tiefsten Tiefen dringt und überall hin Aufklärung über die Natur des Zollwuchers und der kapitalistischen Ausbeutung trägt". Es ist die Rede vom „Massenstreik draußen und Obstruktion drinnen". Diese „Wortrevolutionäre", die „mit Kanonen gegen Spatzen schießen" möchten, die noch immer „ein maßloses Defizit an jeglicher wirklichen Sachkenntnis durch einen ebenso maßlosen Ueberschuß von agitatorischem Eifer ersetzen zu können glauben", fragt Schippel in den „Sozialistischen Monatsheften", was sie denn eigentlich erreichen wollten, da es sich doch höchstens um eine Novelle zum Zolltarif handeln könne.

„Erreichen ließe sich weiter nichts dabei als . . . die Aufrechterhaltung . . . des vielbefehdeten alten Zolltarifs von 1902. . . . Man denke: Massenstreik und Obstruktion zur Aufrechterhaltung desselben Zolltarifs, den wir 1902 obstruieren mußten. . . . Jeder, der es mit der inneren Entwicklung und dem parlamentarischen Einfluß unserer Partei aufrichtig meint, sollte deshalb nach allen seinen Kräften, gerade in der Erinnerung an die Vorgänge von 1902, zu verhindern suchen, daß wir uns wie damals auf eine Taktik im voraus festreden, die, als es unversehens ernst wurde, niemand empfohlen oder auch nur gebilligt haben wollte, vor der wir uns dennoch nach allem vorher Geschehenem nicht mehr retten konnten, und die wir folgerichtig bis zum bitteren Ende auskosten mußten; unter langjähriger Vernichtung unserer ganzen, bis dahin mühsam errungenen parlamentarischen Stellung und unter dauernder Schädigung des kümmerlichen parlamentarischen Lebens in Deutschland überhaupt."

Tatsächlich vermöchte die Sozialdemokratie mit einer neuen Auflage des organisierten Widerstandes nur jenen in die Hände zu arbeiten, die von einem Entgegenkommen gegenüber den Verbrauchern bei einer eventl. Neuregelung des Zolltarifs nichts wissen, dagegen einen Ausbau des Zolls nach oben hin erzielen wollen.

Uebrigens: um einen Volkssturm hervorzurufen, „der bis in die tiefsten Tiefen" dringt, dafür fehlen diesmal alle sachlichen Voraussetzungen, weil die Verhältnisse heute ganz anders liegen als damals.

Die „neutrale" Volksfürsorge.

Mit einem gewaltigen Aufwand von Phrasen und Druckerschwärze haben die Leiter der „Volksfürsorge" anfangs jeden Zusammenhang mit der Sozialdemokratie bestritten. Als sie dann die Erfahrung machen mußten, daß ihren schönen Worten kein Mensch ein Gewicht beimaß, begnügten sie sich schließlich damit, es übel zu nehmen, wenn von anderer Seite einmal in Einzelheiten dieser Zusammenhänge hineingeleuchtet wurde. Wie aber alle — weniger wahren Behauptungen bekanntermaßen kurze Beine haben, so ist es den braven „Genossen" auch hierbei wieder ergangen. Ihre eigenen Freunde sind es, die in harmloser Naivität die Geheimnisse ausplaudern und damit aller Welt offenbar machen, wie berechtigt die Warnungen vor der „Volksfürsorge" sind. Wie wir der „Versicherungs-Welt" (Nr. 43) entnehmen, lag auf der Leipziger Baufachausstellung eine Flugschrift aus, in der sich folgende bezeichnenden Sätze befinden:

„Auf Millionen Mitglieder wird sich in Kürze die Zahl der Volksversicherung belaufen mit Hilfe der Mitglieder der Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft, der Frauen und Jugendorganisation. Aus diesen fünf Brunnen wird die Volksversicherung zunächst ihre Mitglieder und ihre Millionen an Geldeswert schöpfen. Auf dieser gewaltigen Grundlage wird sie erfolgreich weiterbauen können, gestützt auf die großen Ueberschüsse, Zinsen usw., welche die Millionenbeiträge abwerfen werden. Trotz aller gesetzlichen Vorsichtsmaßregeln, trotz aller ordnungsmäßigen Festlegungen großer Teile des Vermögens wird die Volksfürsorge und damit die Sozialdemokratie eine gefahrdrohende Geldgeberin werden."

Das Flugblatt, in dem sich diese Sätze befinden, ist herausgegeben von dem sozialdemokratischen „Leipzig-Plagwitzer Konsumverein", der zu dem bekanntermaßen sozialdemokratischen „Hamburger Zentralverband" gehört. Klarer und deutlicher kann es wohl nicht ausgesprochen werden, daß die „Volksfürsorge" nicht allein geschaffen worden ist, um die Volkswohlfahrt zu fördern, sondern in erster Linie den Zweck verfolgt, der Sozialdemokratie neue wirtschaftliche Machtmittel in die Hände zu spielen.

Unsere Mitglieder sollten sich die Förderung der „Deutschen Volksversicherung A. G., mit dem unser Verband in einem Vertragsverhältnis steht, angelegen sein lassen. Die Versicherungsbedingungen sind hier günstiger als in jeder anderen Versicherung der gleichen Art. Wie kulant die Versicherung vorgeht, dafür ein Beispiel. In Ludwigshafen verunglückte ein Arbeiter, der als Mitglied des „Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine" bei der „Deutschen Volksversicherung" mit 15jähriger Beitragszahlung auf 110 Mark versichert war. Er hinterließ eine Witwe und mehrere Kinder. Da der Tod die Folge eines Unfalles bildete, so wurde nach den Versicherungsbedingungen der „Deutschen Volksversicherung" von der sonst üblichen Wartezeit abgesehen und der zuständigen Rechnungsstelle sofort telegraphisch aufgegeben, die volle Versicherungssumme an die Witwe zur Auszahlung zu bringen.

Dieser traurige Vorfall liefert einen Beweis dafür, wie segensreich die Volksversicherung wirkt. Trotzdem der Verstorbene insgesamt nur 2,80 Mark eingezahlt hatte, bekamen seine Hinterbliebenen doch volle 100 Mark ausgezahlt, wodurch sie in der traurigen Stunde wenigstens der ersten materiellen Sorgen enthoben wurden.

Christliche Gewerkschaften und Tarifverträge.

Die christlichen Gewerkschaften waren nach der amtlichen Tarifstatistik am 31. Dezember 1912 an 1040 Tarifverträgen beteiligt und 78 826 Mitglieder arbeiten unter tariflich geregelten Arbeitsbedingungen. Wie die einzelnen christlichen Gewerkschaftsverbände an Tarifen beteiligt sind und wieviel Mitglieder unter tariflich geregelten Verhältnissen arbeiten, ergibt sich aus folgender Tabelle:

	Tarife	Mitglieder
Bauarbeiter	280	42 608
Holzarbeiter	238	11 414
Schneider	113	4 264
Transportarbeiter	103	5 882
Maler	66	3 170
Metallarbeiter	65	1615
Lederarbeiter	43	1826
Keramarbeiter	43	3633
Graphisches Gewerbe	34	1328
Nahrungsmittelarbeiter	26	1 974
Heimarbeiterinnen	18	424
Tabakarbeiter	8	555
Gärtner	3	133

Die christlichen Gewerkschaften können sich also sehen lassen. Sie würden noch bedeutend besser abschneiden, wenn endlich in der Großindustrie — Bergbau, Metall- und Textilindustrie — das Eis gebrochen wäre für den Tarifgedanken.

Nicht uninteressant ist es, im gegenwärtigen Augenblick demgegenüber einmal zu zeigen, was „Sitz Berlin" aufzuweisen hat. Sie geben an 30 Tarife mit 8071 Mitgliedern. Auf welche Berufe sich letztere verteilen, verschweigt man geschämig; die guten „Integralen" firmieren einfach „Verband katholischer Arbeitervereine Berlin;" von beruflichen Fachabteilungen keine Spur. Das ist bezeichnend.

Kettfadenbewegung im Dreherfach.

Wenn auch beim Weben allgemein die Bedingung gestellt werden muß, daß die Kettfäden einen gewissen Prozentsatz Dehnung aushalten müssen, da der Weg, welcher von der gestreckten graden Linie in einem Winkel über das Ober- und Unterfach geht, länger ist, als der grade Weg, so hat man doch hier schon Mittel genug zur Anwendung gebracht, um die längere Wegstrecke nicht durch Dehnung des einzelnen Fadens zu gewinnen, sondern durch Hergabe eines längeren Fadenstückes vom Kettbaum auszugleichen. Diese Mittel sind jedoch in der Drehweberei meist nicht verwendbar, da dieselben immerhin nur kurze Wegunterschiede auszugleichen imstande sind, und im Dreherfach mit wesentlich anderen Verhältnissen gerechnet werden muß. Auf die Verbesserung der Litzen hat man viel Mühe verwendet und es sind auch tatsächlich Formen bekannt, mit denen zu arbeiten ist, wenn sonst alles am Stahl in der richtigen Ordnung ist. Es mag nun von vornherein gesagt werden, daß für alle Arten von Drehergeweben eine Vorrichtung nicht zu schaffen ist, durch welche übermäßige Dehnungen der Fäden unbedingt verhindert werden können, aber es gibt für einzelne Arten derselben doch Kunstgriffe, welche das Arbeiten wesentlich zu erleichtern geeignet sind.

Fangen wir mit dem gewöhnlichen Schaftdreher an, so können wir zunächst feststellen, daß der Drehfaden zwei durchaus verschiedene Fächer zu bilden hat. Das sogenannte Halbdreherfach beansprucht den Drehfaden nicht mehr, wie jedes gewöhnliche andere Fach, da der Faden an der Grundstellungsseite der oder des Standfadens glatt hochgehoben wird, nur mit dem Unterschied, daß er die Halblitze mit anhebt, was für ihn indessen als besondere Beanspruchung nicht aufgefaßt werden kann. Im Drehfach dagegen bleibt die Grundlitze, welche möglichst weit hinten im Geschirr steht, im Tieffach stehen und die hochgehende Drehlitze muß das Stück Faden, welches von der Grundlitze bis zum Warenanschlag reicht, bis in Oberfachhöhe bewegen, wodurch in diesem Stück ein ziemlich hoher Winkel gebildet wird.

Wenn nun auch anzunehmen ist, daß das genannte Stück nicht um den ganzen Betrag gedehnt wird, welcher zur Hervorbringung dieser Verlängerung des Weges nötig ist, sondern daß der Faden von hinten durch das Grundlitzenmaillon nachrutscht und so einen Teil der Dehnung auf sich nimmt, so bleibt immerhin die Beanspruchung noch so groß, daß sie ohne weiteres nicht jedem Material zugemutet werden darf, ohne ein übermäßiges Reißen befürchten zu müssen. Man hat deshalb für Garne, welche eine solche Beanspruchung nicht aushalten, die sogenannten Nachlaßvorrichtungen konstruiert, welche im Ruhezustande eine künstliche Wegverlängerung des Fadens bewirken, welche bei Aufhebung des Ganzdreherschaftes zum Ausgleich hergegeben wird. Diese Vorrichtungen machen jedoch den ganzen Stuhl unübersichtlich und sind in ihrer Wirkungsweise am mechanischen Stuhl auch nicht zuverlässig. Außerdem muß darauf Rücksicht genommen werden, daß die Aushebung des Ganzdreherfaches einen ganz bedeutend höheren Kraftaufwand erfordert, als ein gewöhnliches oder ein Halbdreherfach. Man hat deshalb bei Schaftdrehervorrichtungen am Handstuhl stets die Arbeitsweise so einzurichten sich bemüht, daß niemals die ganze Dreherkette arbeitete, sondern nur ein Teil, höchstens die Hälfte, daß also die halbe Kette im Ganzdreher, die andere Hälfte dagegen in dem leichteren Halbdreher aufging.

In dieser Richtung war also die Teilung der Vorrichtung eine ganz bedeutende Erleichterung. Von dieser Teilung ausgehend, läßt sich aber auch die Vorrichtung so treffen, daß jegliche Nachlaßvorrichtung entbehrlich wird. Zweckmäßig wird der Reihzug so eingerichtet, daß zwei Dreherschäfte vorhanden sind und die Drehfäden abwechselnd auf den einen oder anderen eingezogen werden. Tritt man nun auf, so ist die Hälfte der Dreherkette als Halbdreherfach aufgegangen, die andere Hälfte im Ganzdreherfach. Daraus folgt, daß die eine Hälfte der Fäden locker ist und die andere straff gespannt, wenn die Kette in der gewöhnlichen Weise angeordnet ist. Legt man aber den Dreherkettbaum innerhalb des Stuhles unter die Grundkette, wie dies bei-

spielsweise mit Mohairbäumen bei Plüschstühlen oberhalb der Grundkette geschieht, so ändert sich das Bild sofort, indem jetzt schon beim Hochgehen des Halbdreherschaftes die Spannung der Kette hochgezogen und damit auch die Fäden für den Ganzdreherschaft gelockert werden.

Selbstverständlich muß der Dreherkettbaum eine möglichst elastische, schwebende Spannung erhalten, damit er bei Niedergehen der Schäfte das nicht verbrauchte Stück Kette wieder zurückwickelt. Wendet man nun noch den Kunstgriff an, daß man den Halbdreherschaft etwas höher ziehen läßt, als es für die Fachbildung nötig ist, so kann man die Kettabgabe so regulieren, daß die Ganzdreherfäden eine über das normale Maß gehende Dehnung nicht auszuhalten haben.

Für ein glattes Arbeiten ist das aber sehr wesentlich, und in der Tat kann man auf so hergerichtetem Stuhl, gleichgültig ob Handstuhl oder mechanisch, so flott und sicher arbeiten, als wäre auf demselben die erste beste glatte Ware. Was das aber heißen will, wird jeder zu beurteilen wissen, der einmal am Dreherstuhl gestanden hat. g. st.

Aus unserer Industrie.

Einigung im Tuchgewerbe.

Nach dreitägigen, langwierigen Verhandlungen ist nunmehr, wie wir in der vorigen Nummer schon mitteilen konnten, die Verständigung zwischen der Deutschen Tuchkonvention und der Interessengemeinschaft Deutscher Tuchgroßabnehmer zustande gekommen. Die Verständigung bezieht sich sowohl auf die stark umstrittene Muster- und Valutenfrage (Zahlungstermin), wie auch auf den Kartellvertrag, der nunmehr den Wünschen der Abnehmer gemäß zwischen den Fabrikanten und den Abnehmern geschlossen wird. Das letzte Wort hat jetzt noch die Generalversammlung der Deutschen Tuchkonvention zu sprechen, die in der nächsten Woche in Berlin stattfinden wird, jedoch handelt es sich hier nur um eine Formalität, da die Delegierten der Tuchkonvention diesmal bindende Vollmacht hatten. Die von den Abnehmern gegen die Fabrikanten verhängte Ordersperre ist mit dem Tage aufgehoben worden.

Die Korrespondenz „Textilindustrie" schreibt hierzu noch folgendes:

„Die Verhandlungen zwischen der deutschen Tuchkonvention und der Interessengemeinschaft der Tuchabnehmer-Verbände haben zu einem endgültigen Ergebnis geführt, unter Bedingungen, die hinter den ursprünglichen Erwartungen der Abnehmer-Verbände weit zurückgeblieben sind. Die Vereinbarungen der ursprünglichen Verhandlungskommission, die im November v. J. getagt hat, und deren Beschlüsse von der Generalversammlung der Tuchkonvention nicht angenommen wurden, sind durch die nun endgültig abgeschlossenen Verhandlungen in allen Punkten zu Gunsten der Tuchkonvention abgeändert worden. Gleichzeitig ist zwischen der Tuchkonvention und der Interessengemeinschaft der Tuchgroßabnehmer ein Kartellvertrag zum Schutz der gegenseitigen Interessen vereinbart worden. Einige Punkte wurden zur Einzelregelung einer Kommission überwiesen."

Schlechte Lage der englischen Baumwollspinnerei.

Die Baumwollfabrikanten aus Burnley haben beschlossen, die Spinnereien demnächst auf vier Wochen zu schließen. Es werden davon 40000 Arbeiter betroffen und 100000 Webstühle stillgelegt werden. Der hierdurch eintretende Verlust an Löhnen wird auf 300000 Pfund Sterling geschätzt. In den benachbarten Bezirken Preston und Blackburn faßten die Arbeitgeber keinen Gesamtbeschluß wegen der Einschränkung der Betriebe, doch wird diese Maßnahme zweifellos von einer Reihe einzelner Spinnereien ergriffen werden.

Die Lage der internationalen Baumwollindustrie

und deren Aussichten werden durch eine Untersuchung, die die Liverpooler Baumwollfirma Weld u. Co. soeben veranstaltet hat, beleuchtet.

Danach sind in Deutschland die Spinnereien durchschnittlich drei bis vier Monate ausverkauft, allerdings zu wenig günstigen Bedingungen. Auch die Weber haben im Durchschnitt für vier Monate Beschäftigung. Nur teilweise sind die Aussichten für die Zukunft besser geworden.

Die augenblickliche Lage der österreichischen Baumwollspinnerei ist noch immer wenig erfreulich, teilweise sei aber Aussicht auf Besserung vorhanden. Dies trifft auch auf die Baumwollweberei zu. Für England bezeichnet man die Aussichten für die Zukunft in der Spinnerei als besser; dies gilt auch von der Weberei. Am besten scheint die Situation in den Vereinigten Staaten von Amerika zu sein, wo man auch recht ermutigend, soweit die Spinnerei und die Weberei in Betracht kommen, in die Zukunft blickt.

Auf Kanada trifft beides nicht zu. Das Geschäft ist sowohl in der Spinnerei als auch in der Weberei dort recht unerfreulich. Auch aus Holland liegen keine günstigen Berichte vor. Ebenso klagen die Spinner und die Weber in Dänemark wie in der Schweiz. In beiden Ländern glaubt man auch für die nächste Zukunft kaum an eine Besserung. In Frankreich sind die Spinner des Ostens gut bezw. besser beschäftigt; die Aussichten für die Zukunft werden als ungewiß dargestellt. Aehnlich liegen die Verhältnisse in der französischen Baumwollindustrie.

Als sehr schlecht nennt die Untersuchung die Lage und die Aussichten in der belgischen Baumwollspinnerei sowohl als auch -Weberei. Dies trifft auch auf die spanischen Etablissements zu, während in Portugal augenblicklich noch die Spinnereien wie die Webereien gut beschäftigt sind, aber für die Zukunft keine günstigen Aussichten prophezeien. Gebessert ist die Lage in Italien; nur in der Webwarenbranche glaubt man nicht an einen dauernden Aufschwung. Verschieden liegen die Verhältnisse in der russischen Baumwollindustrie. Während Lodz in der Spinnerei wie in der Weberei schlecht beschäftigt ist und der Petersburger Bezirk sogar sehr schlechte Berichte sendet, ist die Lage im Moskauer Bezirk nicht ganz so ungünstig. Allerdings werden die weiteren Aussichten sowohl in der Spinnerei als auch in der Weberei nicht als sehr vertrauensvoll hingestellt.

Zur Lage der Bocholter Textilindustrie.

Eine wesentliche Aenderung in den Verhältnissen der hiesigen Industrie, namentlich eine Wendung zum Besseren, kann, so schreibt die „Rh. Westf. Ztg.", noch immer nicht berichtet werden, und die gesamte Lage zeichnet sich weiter durch einen schleppenden Geschäftsgang aus. Nachdem jetzt allgemein mit einer Ernte von 14½ Millionen Ballen amerikanischer Baumwolle gerechnet wird, ist man in maßgebenden Kreisen heute ebenso baisse- als gegen Ende vorigen Jahres haussefreundlich und wartet nunmehr erst recht die weitere Entwicklung des Marktes ab, obschon man in denselben gut unterrichteten Kreisen überzeugt ist, daß die vorhandene brauchbare Baumwolle trotzdem unzureichend sein wird, um alle Ansprüche, die der Konsum stellt, zu befriedigen. Auf die Dauer wird daher mit verhältnismäßig hohen Preisen zu rechnen sein, auch wenn die bestehenden Notierungen vorerst unverändert bleiben oder vorübergehend noch zurückgehen. Wird bei schwachen Märkten viel gekauft, so wird dieses ein starker Haussefaktor für später sein, der dann durch höhere Preise eine Einschränkung des Weltkonsums als notwendig herbeiführen würde. Immerhin kann die weitere Entwicklung der Dinge noch Enttäuschungen bringen und die bisher unsicheren Preisverhältnisse in Verbindung mit der zurückgezogenen Konjunktur üben auf die Kaufstimmung der Großkonsumenten aller Erzeugnisse der hiesigen Industrie einen beträchtlich hemmenden Einfluß aus. Auch die allgemeine Lage der Schwerindustrie, die für den Absatz von Textilerzeugnissen in erster Reihe mitbestimmend ist, läßt noch manches zu wünschen übrig und wirkt keineswegs ermutigend auf weitere Kauftätigkeit und die Entwicklung des Geschäftes in Gespinsten und Webwaren aller Art. Allerwärts wird denn auch weiterhin die allergrößte Zurückhaltung bewahrt, und wie bei den Großkonsumenten der gesamten Webwaren-Branche bisher niemand daran denkt, größere Aufträge zu vergeben, so sind auch die Reiseerfolge bei den Detaillisten bisher im allgemeinen durchaus unbefriedigend und die erteilten Aufträge sowohl nach Umfang wie Anzahl geringer als in früheren Jahren. Von großem Einfluß auf die Unternehmungslust der Kleinhändler ist der Umstand, daß ihnen, abgesehen von der ohnehin ungünstigen Geschäftslage, auch durch die zu Beginn der Wintersaison herrschenden milden Witterungsverhältnisse verhältnismäßig viel Ware liegen geblieben ist, mit deren Verkauf sie gerechnet hatten. Die hiesigen Spinnereibetriebe haben sich bisher noch ohne Einschränkungen durchzuarbeiten vermocht, ohne daß sie zu nennenswerten Garnvorräten gekommen sind. Es mag dieses zum Teil mit darin begründet liegen, daß die in Betracht kommende Weberkundschaft vielfach ohne Deckung oder doch nur ungenügend gedeckt ist, und bei den Spinnern sich etwa bildende Vorräte von dieser daher noch immer übernommen wurden. In verschiedenen Webereibetrieben steht dagegen bereits eine beträchtliche Anzahl Stühle außer Betrieb und hört man hier außerdem von weiter beabsichtigten erheblichen Produktionseinschränkungen, da neben der geringeren Verkaufsmöglichkeit für einzelne Stapelartikel auch noch Preise im Markte sind, die ein derartiges Vorgehen günstiger erscheinen lassen, als unter den gegebenen Umständen weiter zu verkaufen. Hoffentlich bringt die eingetretene Günstigergestaltung des Geldmarktes mit einer Neubelebung aller geschäftlichen Interessen auch bald eine allgemein erhöhte Kauftätigkeit, von der dann sowohl der Textilindustrie im allgemeinen, als auch derjenigen des hiesigen Bezirks im besonderen der ihr im Wirtschaftsleben zustehende Anteil nicht vorenthalten wird.

Aus dem Verbandsgebiete.

Arbeitslosen-Berichterstattung.

Wir machen die Arbeitslosenberichterstatter in den einzelnen Ortsgruppen darauf aufmerksam, daß am Samstag, dem 28. Februar, Arbeitslosenzähltag bezw. -Stichtag für den Monat Februar ist. Alle an diesem Tage arbeitslosen Mitglieder der Ortsgruppe sind zu zählen, und über das Resultat dieser Zählung ist an die Zentrale zu berichten. Die Berichtskarten (graue Monatskarten) sind spätestens vier Tage nach Schluß des Monats an die Zentrale einzusenden.

Die Zentralstelle.

Aus unseren Bezirken.

Agitation unter den Arbeiterinnen des Bezirks Krefeld.

Der so glänzend besuchten ersten Arbeiterinnenkonferenz des Bezirks Krefeld vom 16. November 1913 folgte im Januar 1914 eine systematische Agitation unter den Arbeiterinnen. Auf 12 Ortsgruppen konnte sie sich erstrecken und wurden folgende Veranstaltungen getroffen:

Vier allgemeine Arbeiterinnenversammlungen, vier zusammen mit den katholischen Arbeiterinnenvereinen, sowie vier Fabrikversammlungen; außerdem fanden sechs Kommissionssitzungen statt, davon eine gemeinsam mit dem Ortsgruppenvorstand, und in einer Ortsgruppe wurde Hausagitation vorgenommen.

Die teilweise schlechte Konjunktur ließ zuerst eine ausgedehnte Agitation als gewagt erscheinen; aber der Erfolg derselben gab denjenigen Recht, die da behaupten, daß gerade zur Zeit der schlechten Geschäftslage die Organisation am notwendigsten ist. Daß auch die Unorganisierten zu dieser Einsicht kommen können, das beweisen die zwei Dutzend Aufnahmen, die in der Zeit gemacht wurden.

Wie notwendig gerade für die Arbeiterinnen eine straffe Organisation ist, das beleuchtet zunächst ein Blick in die Jahresberichte der Seidenberufsgenossenschaft Sektion I. Sie bieten ja immerhin Anhaltspunkte für das Lohnverhältnis. Danach haben im Jahre 1910 die weiblichen Beschäftigten aus der Vorarbeit der Seiden- und Seidenbandweberei einen Durchschnittslohn von 685 M. erreicht; 1912 wird ein Durchschnittslohn von 775 M. verzeichnet, oder 90 M. mehr. Dieses Resultat sieht auf den ersten Blick wohl schön aus; aber — wie viel mehr Ware die einzelne Arbeiterin heute produzieren muß, das steht nicht dabei. Die Arbeiterinnen jedoch wissen davon zu erzählen. Während nun hier ein Aufsteigen des Jahresarbeitsverdienstes verzeichnet ist, muß es außerordentlich merkwürdig erscheinen, daß in der Seiden- und Seidenbandweberei der Jahresdurchschnittslohn von 762 M. in 1910 auf 738 M. in 1912 zurückgegangen ist! Dabei ist noch besonders zu erwähnen, daß im gleichen Zeitraum die Zahl der Arbeiterinnen von 7986 auf 8207 gestiegen ist. Sieht das nicht gerade so aus, als ob mit Vorliebe mehr weibliche Arbeitskräfte in die Seidenweberei genommen würden? Dabei mag wohl der eine Grund mit am entscheidendsten sein, daß „man" ja die Arbeiterinnen billiger haben könnte.

In der Sammet- und Sammetbandindustrie sieht es auch traurig aus. Dort sind in den Abteilungen für Vorarbeit im Jahre 1910 2332 Arbeiterinnen beschäftigt gewesen; 1912 dagegen 3060! Trotzdem sind sich die Jahreslöhne nicht nur nicht gleich geblieben, sondern sie haben sich von 792 auf 788 M. verringert. Es ist doch sehr zu bedenken, daß hier speziell weibliche Arbeitsgebiete in Betracht kommen und daß trotz vermehrter Arbeiterinnenzahl die Löhne die Neigung zum Sinken aufweisen. Für die Weberei liegt die Sache umgekehrt — die Zahl der weiblichen Beschäftigten betreffend. Waren es 1910 noch 1061 Weberinnen, so finden sich 1912 nur mehr 728. In derselben Zeit sind aber auch die Jahresdurchschnittslöhne gesunken und zwar um 105 M. — von 757 M. in 1910 auf 652 M. in 1912! Die Statistik läßt leider nicht feststellen, ob dieser gewaltige Rückgang lediglich auf den schlechteren Geschäftsgang — Materialwarten und unfreiwillige Feiertage — zurückzuführen ist. Aller Wahrscheinlichkeit aber sind Lohnabzüge auch mit bei den Ursachen.

So ist in denjenigen Abteilungen der Seiden- und Sammetindustrie, in denen hauptsächlich oder zum Teil Arbeiterinnen sind, die statistisch nachgewiesene Lage keine gute. Das hat seine besondere Ursache darin, daß im Krefelder Bezirk ein Großteil der Arbeiterinnen sich nicht der Organisation angeschlossen hat. Wie empfindlich sich diese Gleichgültigkeit rächen kann, das haben schon Tausende erfahren müssen. Und auch in letzter Zeit haben sich wieder gravierende Vorfälle ereignet. Bei der schlechten Geschäftslage versuchen nämlich verschiedene Unternehmer, gerade den Arbeiterinnen Lohnabzüge zu diktieren. Da kommt es dann wie plötzliche Erkenntnis über die Geschädigten, daß sie das beste Mittel, das hier allein eingreifen könnte — die Gewerkschaft — bisheran achtlos haben beiseite liegen lassen. Aber es brauchen gar nicht immer Lohnabzüge auf die Notwendigkeit der Organisation aufmerksam zu machen. Die Versammlungsmappe erhielt durch die Rücksprache mit den Arbeiterinnen auch anderes Material. Zum Beispiel wurde von 620—650 M. Jahreslohn für Zwirnerinnen gesprochen! Ein anderes Mal konnte die seltsame Erfahrung gemacht werden, daß die Arbeiterinnen einer Abteilung vollständig unterschiedliche Stundenlöhne erhalten. Sie schwanken zwischen 19 und 23 Pfg. Eine Arbeiterin, die bereits 14 Jahre in diesem Betrieb ist, hat trotzdem nur 19 Pfg. Stundenlohn! Und doch dürfte bei dieser Arbeit gerade langjährige Uebung und Exaktheit ausschlaggebend sein.

Ueberhaupt steckt noch viel Willkür hinter den Lohnverhältnissen. Die einseitige Festsetzung der Bedingungen wird solange anhalten, bis die Arbeiterinnen zum Bewußtsein kommen, daß sie ihre Interessen auch wahrnehmen müssen durch die Organisation.

Besonders eigenartig wirkte eine Mitteilung betreffend Mittagspause. Eine Betriebsleitung ist nämlich auf die „famose" Idee gekommen, Mittagsstunde mit Wechselschicht einzuführen. Die Sache wird so gemacht, daß immer ein Teil der Arbeiterinnen zuerst Pause bekommt; während dieser Zeit müssen die übrigen sämtliche Maschinen laufen lassen. So wie die erste Partie wieder zurück ist, gehen die anderen Arbeiterinnen essen und dann trifft die einen wieder die Beaufsichtigung der Maschinen. Dadurch wird wohl die gesetzliche Mittagsstunde eingehalten, aber — der Arbeitgeber hat praktisch den 11-Stundentag, weil ja die Maschinen durchweg bedient werden müssen.

So und ähnlich liegen die Dinge. Betrachtet man sich dann dagegen die Arbeiterinnen, wie sie sich häufig von der Organisation zurückhalten, so möchte man fast zweifeln, ob sie gesundes Empfinden haben. Denn wo das vorhanden ist, da sagt sich die Arbeiterin, ganz gleich ob jung oder alt: „Ich bin verpflichtet, an der Hebung der Lage meines Standes mitzuarbeiten!"

Häufig genug aber sind es die Eltern, die die arbeitende Tochter von der Organisation zurückhalten. Geradezu sonderbar mutet es aber an, wenn organisierte

Väter sagen wollen: „Ich halte meine Tochter nicht ab vom Verband!“ Wenn sie eben die Tochter dem Verbande nicht zuführen, dann ist es schon deutlich genug, daß sie abgehalten wird.

Als wesentlicher Fortschritt galt bei der Agitation im Bezirk der Umstand, daß außer Viersen und Hüls, wo bereits gute Freundschaft zwischen Arbeiterinnenverein und Gewerkschaft besteht, auch in Dülken und Anrath eine ähnliche Verbindung hergestellt wurde. Mit mehr oder weniger gutem Besuch wurden außerdem Versammlungen abgehalten in Süchteln, Schiefbahn, Burgwaldniel, Amern-St. Georg, Grefrath, Lobberich und Krefeld. In Helenabrunn fand zusammen mit der Arbeiterinnenkommission aus Viersen eine Sitzung statt zur Vorbereitung einer Hausagition. Im ganzen sind bis jetzt sieben Arbeiterinnenkommissionen geschaffen, denen jeweils die tüchtigsten Kolleginnen der Ortsgruppen angehören. Diesen muß und wird es gelingen, mehr Leben wie bisher in die Agitation zu bringen. Besonderer Nachdruck muß darauf gelegt werden, daß die Kolleginnen die Ortsgruppenversammlungen besser, ja vollzählig besuchen. Außerdem muß immer wieder die Lektüre unseres Verbandsorgans dringend empfohlen werden.

Es muß das Bestreben aller Kolleginnen, auch derer im Krefelder Bezirk sein, zu ganzen Gewerkschaftlerinnen heranzureifen. Dann wird die Arbeiterinnenagitation eine andere Entwicklung nehmen, als bisher. Also vorwärts und aufwärts. F. H.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bocholt. Aus dem Jahresbericht. Sehr stark besucht war unsere am 28. Januar abgehaltene Generalversammlung. Zunächst erstattete der Kassierer, Kollege Joselmann, den Kassenbericht. Seit der Aussperrung sind die Einnahmen bedeutend gestiegen. Im letzten Quartal hatten wir gegenüber dem vorhergehenden Vierteljahr eine Mehreinnahme von zirka 600 M. Diese Tatsache zeigt am besten, was wahr ist an dem Geschrei der Genossen. Diese haben nämlich schon vor Monaten in ihrer Zeitung behauptet, unsere Ortsgruppe sei um 700 Mitglieder zurückgegangen.

Anschließend an den Kassenbericht gab der Vorsitzende, Kollege Heeke, den Jahresbericht. Bei einem Rückblick über das verflossene Jahr, gab es Erfreuliches und Unerfreuliches zu berichten. Unerfreuliches insofern, als früher manche glaubten, die Bocholter Arbeitgeber nähmen, soweit die grundsätzliche Anerkennung der Organisation in Frage kommt, einen anderen Standpunkt ein als der Verband der münsterländischen Textilindustriellen. Demgegenüber haben die Bocholter Arbeitgeber im Berichtsjahr gezeigt, daß, sobald die Arbeiter energisch daran gehen, ihre Lage zu verbessern, auch sie in der schärfsten Weise den Herrenstandpunkt hervorkehren und vertreten. Die Arbeiterschaft hatte bei der Lohnbewegung, in anbetracht der wirtschaftlichen Lage unserer Textilindustrie, wie auch der schweren Schäden für das gesamte örtliche Erwerbs- und Wirtschaftsleben, die ein ernster Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zeitigen würde, die Forderungen so gehalten, daß, wenn die Arbeitgeber den guten Willen gehabt hätten, es ihnen ein Leichtes gewesen wäre, diese Schäden von unserer Stadt fernzuhalten. Im Hinblick auf diese unliebsamen Erscheinungen ist die Aussperrung gewiß zu bedauern. Auf der anderen Seite darf aber gesagt werden, daß die Aussperrung, die uns aufgedrungen wurde, neben den materiellen Vorteilen, große moralische Erfolge zeitigte. Ein großer Teil der Arbeiter wurde durch die Aussperrung aus dem dumpfen Dahinbrüten aufgeweckt und zur praktischen Mitarbeit für unsern Stand angeregt.

Je mehr die Arbeiterschaft sich regt, Verbesserungen zu erzielen, je mehr mühen sich aber auch die Gegner, um uns Schwierigkeiten zu machen. Da gilt es für alle Mitglieder, Mitarbeit zu leisten und nicht nur zahlende Mitglieder zu sein, sondern mit ganzem Herzen unsere große Sache zu verfechten.

Das Versammlungswesen während der Berichtszeit ist sehr rege gewesen. Im ganzen haben 321 Versammlungen stattgefunden und zwar: 80 Mitgliederversammlungen, 5 öffentliche Versammlungen, 200 Fabrikversammlungen, 28 Vorstandssitzungen, 27 Vorstands- und Vertrauensmännersitzungen, 25 Versammlungen der Arbeiterausschüsse und 6 Schulungsabende. Der Besuch der Versammlungen war im allgemeinen zufriedenstellend.

Bei den vorzunehmenden Wahlen wurden die Delegierten zum Ausschuß für soziale Angelegenheiten wiedergewählt. Für den Vorstand wurden neu- bezw. wiedergewählt, die Mitglieder: Anna Aßing, Eugen Weierstall, Johann Schmitz, Bernh. Elsweier und Josef Lammers. Die ausgeschiedenen Kollegen Wilh. Pesenacker, Johann König und Heinr. Weidemann lehnten aus besonderen Gründen eine Wiederwahl ab, versprachen aber, zu jeder Zeit voll und ganz sich in den Dienst der Bewegung zu stellen. Diesen Kollegen für ihre teilweise recht langjährige Mitarbeit im Vorstand auch an dieser Stelle herzlichen Dank.

Bezüglich der Krankenkassenwahlen, sowohl für die Betriebskrankenkassen, als auch für die allgemeine Ortskrankenkasse hat die christliche Arbeiterschaft gut abgeschnitten. Erwähnenswert ist noch, daß bei der Neuordnung im Krankenkassenwesen auch der leidige Aerztestreit seinen Abschluß gefunden hat. Obschon von gegnerischer Seite wieder alle Hebel in Bewegung gesetzt wurden, eine Einigung zu verhindern, haben die christlichen Arbeiter sich nicht beirren lassen, die Einigung zu suchen. Der Anerkennung des größten Teils der Versicherten können die Vertreter gewiß sein.

Alles in allem war das Berichtsjahr ein recht stürmisches. Die Gegner haben, wie genügend bekannt sein dürfte, ihr möglichstes versucht, Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiterschaft hineinzutragen, ohne den gewünschten Erfolg zu erzielen. Hoffentlich bleibt es auch in Zukunft so. Wie die Hyänen des Schlachtfeldes ihr Opfer finden, so mögen auch sie das eine oder andere Opfer gefunden haben, worum wir sie sicher nicht beneiden brauchen. Die christlich organisierte Arbeiterschaft steht einig und geschlossen da. So gilt es denn auch für die Zukunft, zusammenzustehen und allseitig eifrig an der weiteren Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zu arbeiten. Neben der Schulung muß ganz besonders die Pflege der Lohnstatistik unsere erste Aufgabe sein. Diese beiden Aufgaben schließen viele andere Aufgaben in sich. Mit Gottvertrauen und Selbstvertrauen an die Weiterarbeit!

Euba. Dem Jahresberichte, der in unserer Versammlung vom 15. Februar erstattet wurde, entnehmen wir, daß die Mitgliederzahl um 35 gewachsen ist. Der Vorstand entfaltete eine rege Tätigkeit. Es wurden 1 Generalversammlung, 5 öffentliche Versammlungen, 4 Mitgliederversammlungen, 9 Betriebsversammlungen, 4 Lohnkommissionssitzungen und 14 Vorstands- und Vertrauensmännersitzungen abgehalten. Zur Bildung und Belehrung der Mitglieder wurden 8 Vorträge gehalten. Auch für die Verbesserung der materiellen Lage der Mitglieder wurde gesorgt, indem 4 Bewegungen geführt wurden, die mit einem teilweisen Erfolge der Arbeiter endigten.

Die Finanzen unserer Ortsgruppe bewegten sich in folgenden Verhältnissen: Gesamteinnahmen 2110,85 Mk. An die Zentralkasse abgeliefert 1466,40 Mk. Die Ortsgruppen-Einnahmen betrugen 397,70 Mk., die Ausgaben 401,86 Mk. Der Bestand der Ortsgruppe beträgt 48,57 Mk. An Unterstützungen wurden ausgezahlt: Krankenunterstützung 279,60 Mark, Arbeitslosenunterstützung 26,40 Mk., Sterbeunterstützung 210 Mk.

Bei der Vorstandswahl wurden die ausscheidenden Mitglieder wiedergewählt, mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden, welcher eine Wiederwahl ablehnte. Der Vorsitzende, Kollege Martin Zandt, dankte mit bewegten Worten allen Kollegen, welche sich im verflossenen Jahre in den Dienst der Gewerkschaft gestellt haben.

In Punkt Verschiedenes wurde der schlechte Versammlungsbesuch von mehreren Rednern einer Kritik unterzogen. Kolleginnen und Kollegen, besucht doch besser die Versammlungen; denn hier ist der Ort, wo man sich gegenseitig ermuntern und aussprechen kann. Nicht allein im Beitragszahlen beruht die Mitgliedschaft, sondern das Mitglied muß sich auch sonst betätigen. Eine auffallende Tatsache ist es in unserer Ortsgruppe, daß gerade diejenigen, welche den weitesten Weg zu machen haben, die besten Versammlungsbesucher sind, während umgekehrt diejenigen, die am nächsten wohnen, die lauesten sind. Zum Schlusse richten wir an alle Kolleginnen und Kollegen die Bitte, allen Schlendrian abzuwerfen und eifrige, tätige Mitglieder unserer Ortsgruppe zu sein.

Geldern. Die sozialen Verhältnisse der hiesigen Textilarbeiter. Eine öffentliche Versammlung fand hier am 8. Februar statt, die Gelegenheit gab, einen klaren Blick zu tun in die sozialen Verhältnisse der Geldernschen Textilarbeiter. Der Leiter der Versammlung, Kollege Wilh. Marquardt-Crefeld, erteilte zunächst das Wort dem Referenten, Kollegen Leuker. Redner weist eingangs seines Vortrages auf die Heimindustrie hin, die durch das neue Fabriksystem mehr und mehr verdrängt wurde. Der Weber von heute sei gezwungen, seine Arbeit in der Fabrik zu suchen. An der Stelle der alleinigen Anfertigung der Ware trat somit die Teilarbeit. Vorarbeiten usw. wurden von anderen Leuten ausgeführt. — In zwei Webereien fand die Geldernsche Textilarbeiterschaft seiner Zeit Beschäftigung: „In der Puller & Corthum'schen Fabrik und in der Rothe'schen Fabrik. Erstere entwickelte sich bald vorzüglich. Mitte der 90er Jahre vergrößerte die Firma ihren Betrieb, indem sie einen neuen Websaal für 300—400 Stühle baute. Hiermit fing das Unglück für diese Firma an. Es haperte an aufgestellten Betriebsmaschinen, Gasmotoren, Gasanlage etc. Große Summen mußten für Tagelöhne gezahlt werden. Trotzdem konnten die Ordres infolge der vielen Betriebsstörungen nicht zur rechten Zeit geliefert werden, was vielfach eine Zurückziehung der Bestellung zur Folge hatte. Andere Mißstände kamen hinzu, kurz, es ging immer mehr bergab, bis schließlich die mittlerweile in den Besitz des Herrn Emil Puller übergegangene Firma in Konkurs geriet. Alle Verhandlungen zwecks Verkaufs des Betriebes scheiterten, zumal von irgend einer Seite, auf Anfrage einer Firma nach den hiesigen Arbeitskräften, in verleumderischer Weise die Auskunft gegeben worden war, die hiesigen Arbeiter seien trunk- und streiksüchtig, faul, politisch verhetzt etc. Wie unzutreffend solche Vorwürfe sind; das beweisen am deutlichsten die guten Zeugnisse, die der Arbeiterschaft von der Firma ausgestellt wurden, das beweist ferner vor allem der Umstand, daß gerade die Geldernschen Textilarbeiter in der Crefelder Textilindustrie gesucht und beliebt sind. Zwei Jahre lang lag die Fabrik still, bis sie endlich im Januar 1911 in den Besitz des Großindustriellen Kommerzienrat Bölling-Barmen überging. Der größte Teil der Arbeiterschaft, der in der nahen Seidenstadt Crefeld oder in Kempen Arbeit gefunden hatte, atmete erleichtert auf. Aber man hatte sich bitter getäuscht. Bei Eröffnung des Betriebes stellten sich schon bald Differenzen zwischen der Firma und den Arbeitern heraus. Vor allem brachten die geringen Meterlöhne und die elfstündige tägliche Arbeitszeit Unfrieden unter die Textilarbeiter. In einer öffentlichen Versammlung am 22. Dezember 1911 erklärte Kommerzienrat Bölling, daß die hier verfertigten Arbeiten minderwertig seien. Er sei aber bereit, vorläufig den Arbeitern einen festen Lohn von 18 Mark wöchentlich zu zahlen. Aber der Betrieb wollte nicht florieren. Schon im ersten Halbjahr 1913 begann ein schlechter Geschäftsgang, der bis heute angehalten hat und zur Stillegung des Betriebes führte. So stehen denn wieder viele Arbeiter auf der Straße. Sie sind gezwungen, in anderen Textilorten Beschäftigung zu suchen. Der Vater muß mit dem Frühzuge zur Arbeit fahren und bekommt seine Kinder oft nur des Sonntags zu sehen. Wie das auf die Kindererziehung wirken muß, kann sich jeder Familienvater vorstellen. Die Nahrung, die diese Arbeiter zu sich nehmen, muß immer aufgewärmt werden. Dazu müssen sie bei schlechter Witterung vielfach den ganzen Tag in nassen Kleidern arbeiten. Krankheiten aller Art sind die unausbleiblichen Folgen. Dazu kommt noch das teure Fahrgeld. Gewiß wird sich da mancher fragen, warum ein solcher Arbeiter nicht von hier fortzieht. Ja, mancher wäre längst fortgezogen, wenn ihn nicht die Verhältnisse in der Familie oder sonstige Angelegenheiten zurückgehalten hätten. Auch die Hoffnung auf eine Besserung der hiesigen Verhältnisse und die Liebe zur Heimat hat manchen Textilarbeiter noch davon abgehalten, den Wanderstab zu ergreifen. Sollte aber in Bälde keine Besserung eintreten, so muß er wohl oder übel sein Bündel schnüren und Geldern Lebewohl sagen.“ Allseitiger Beifall folgte den ruhigen, ernsten Darlegungen des Kollegen Leuker. Hieran schloß sich noch eine lebhafte Diskussion. Es wurde sodann per Akklamation eine Kommission gewählt, die mit dem Stadtverordnetenkollegium bezüglich der mißlichen Lage in der Textilindustrie verhandeln sollte. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Versammlung konstatiert nach den klaren Ausführungen des Herrn Referenten Leuker, sowie nach den sachgemäßen Ausführungen der Diskussionsredner, daß in Geldern eine überaus zahlreiche und intelligente Textilarbeiterschaft vorhanden ist. Die Versammlung bedauert, daß diese Arbeiter keine Beschäftigung finden können. Sie richtet deshalb an die Stadt Geldern, insbesondere an die Herren Stadtverordneten die dringende Bitte, dahin zu wirken, daß geeignete industrielle Werke zur Niederlassung in Geldern gewonnen werden.“

Hochneukirch. Mit der Mitgliederfluktuation befaßte sich unsere Generalversammlung vom 1. Februar. Unser Vorsitzender, Kollege Esser, sprach in einem längeren Vortrage über die hauptsächlichsten Gründe bei Austritten und wie wir denselben entgegentreten sollen. Er bat alle und besonders die Vertrauensleute, doch immer recht freundlich zu den Kollegen und deren Frauen, resp. Müttern zu sein und die kranken Mitglieder zu besuchen. Kollege Esser erwähnte sodann noch einmal den Antrag des Kollegen Hermes, betreffs der Arbeitslosenunterstützung beim Warten auf Material.

Der Kassierer Nießen legte nun den Kassenbericht ab. Da die Revisoren alles in bester Ordnung fanden, wurde ihm Entlastung erteilt. An dieser Stelle sei ihm herzlich Dank gesagt. Er leistet wirklich Vorzügliches; auch in der Agitation. Einstimmig wurde er auch wieder zum Kassierer für zwei Jahre gewählt. An Stelle unseres Kollegen Koenzgen wurde Kollege Jungheim zweiter Vorsitzender. Kollege Fabry wurde zum Beisitzenden, Kollege Josef Esser (Vertr. Peter Esser) zum Bezirkskartelldelegierten und Kollege Johann Esser (Vertr. Peter Vautz) zum Ortskartelldelegierten gewählt.

Darauf referierte unser Vorsitzender über unsere Einkaufs-Vereinigung zur Erlangung möglichst billiger Preise beim Einkauf von Kohlen, Kappus und dergleichen. Jeder, der im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte ist und einem konfessionellen Vereine oder einer christlichen Gewerkschaft angehört, kann Mitglied werden. Der Eintrittspreis beträgt 0,50 Mk.

Zum Schlusse sprach unser Vorsitzender noch über die Unwissenheit einiger Kollegen betreffs der Satzungen unseres Verbandes. Wir sollen doch immer fleißig die Statuten nachlesen, damit wir in allen gewerkschaftlichen Fragen, besonders bei Arbeitsunterbrechung, Uebertritt in einen anderen Beruf und dergleichen immer gut Bescheid wissen.

Jöllenbeck. Unsere letzte Generalversammlung war nicht so gut besucht, wie wir es gewohnt sind. In üblicher Weise wurde des verstorbenen Kollegen Heinrich Dörmann gedacht. Am 14. Juni wird unsere Ortsgruppe ihr zehnjähriges Bestehen feiern, und wurde angeregt, durch allseitige Mitwirkung bei den Vorarbeiten für einen guten Verlauf zu sorgen. Der Kassierer Gottlieb Rottmann gab den Kassenbericht bekannt. Der Vorsitzende, Kollege Gehring, gab einen Bericht über die Arbeiten im letzten Jahre. Ein reges gewerkschaftliches Leben habe geherrscht. In zirka 40 Zusammenkünften der verschiedensten Art sind die Interessen der Mitglieder verhandelt worden. Wir sind auch vorwärts gekommen. Wir haben jetzt über 700 Mitglieder. Bei der Vorstandswahl wurden gewählt: W. Siekmann zum zweiten Vorsitzenden, G. Gehring zum zweiten Kassierer, W. Walbaum zum ersten Schriftführer, Gustav Hölscher und Heinr. Holamp als Beisitzer. Als Kassenrevisoren die Kollegen H. Göbling, Herm. Brünger und Heinr. Olderdissen. Zu Kartelldelegierten W. Siekmann, A. Heidemann und W. Flemann.

Der Vorsitzende, Kollege Fritz Gehring, berichtete dann noch in ausführlicher Weise über den dritten Deutschen Arbeiterkongreß, an dem er als Delegierter unseres Verbandes teilgenommen hatte. Mit einem Appell zur treuen, gemeinsamen Arbeit wurde die Versammlung geschlossen.

Lörrach (Baden). Gründung eines Kartells. Die am 18. Februar im „Gasthaus zum Löwen“ von sämtlichen Ortsgruppen der christlichen Gewerkschaften von Lörrach und Umgebung einberufene Mitgliederversammlung hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Neben einem wohldurchdachten Vortrag des Kollegen Konrad, Bezirksleiter des christlichen Nahrungs- und Genußmittelarbeiterverbandes, über die Vorgänge in unserem Verbandsleben im vergangenen Jahre sollte in dieser Versammlung Stellung genommen werden zu der geplanten Gründung eines christlichen Gewerkschaftskartells für Lörrach und Umgegend. Nachdem in kurzen, treffenden Worten vom Kollegen Rümmele, Bezirksleiter des christlichen Textilarbeiterverbandes auf die Notwendigkeit eines solchen hingewiesen worden war, wurde von der Versammlung der vorgelegte Statutenentwurf mit einigen kleinen Aenderungen angenommen. Dem neugegründeten Kartell haben sich sogleich fünf Berufsvereinigungen der christlichen Gewerkschaften angeschlossen.

Möge es durch die Gründung dieses Kartells auch hier gelingen, dem Gewerkschaftsgedanken mehr Eingang zu verschaffen. Wir erwarten von unsern christlichen Arbeitern und Arbeiterinnen, daß dieselben unsere Bestrebungen unterstützen, damit es uns möglich wird, mit Hilfe der Organisation die materielle Lage der Arbeiterschaft zu heben und zu verbessern.

Neustadt O/S. Ihre diesjährige Generalversammlung hielt unsere Ortsgruppe am 20. Januar ab. Trotzdem sie hinreichend bekannt gemacht und gut vorbereitet war, wies sie einen ebenso geringen Besuch auf wie fast alle Versammlungen des vergangenen Jahres. Mit Recht wurde in dem vom Vorstand erstatteten Jahresbericht hervorgehoben, daß es kein Wunder sei, wenn im diesmaligen Jahresberichte nichts von einem Fortschritt berichtet werden könne. Der Verband wird durch die Gesamtheit der Mitglieder gebildet. Wo aber die Mitglieder, so wie es hier seit ungefähr Jahresfrist der Fall ist, den gewerkschaftlichen Versammlungen so wenig Interesse entgegenbringen, da darf man nicht erwarten, daß sich die Unorganisierten zu diesen Veranstaltungen hingezogen fühlen. Wie viele von den 45 neuaufgenommenen Mitgliedern im vergangenen Jahre mögen nicht enttäuscht gewesen sein, als sie das erstemal die Versammlung besuchten und von der mehrere Hundert Mitglieder zählenden Ortsgruppe vielleicht nur den zehnten Teil in der Versammlung erblickten. Hier liegt eine der Hauptursachen der Mitgliederfluktuation. Wenn schon einmal der größte Teil der Mitglieder sich ängstlich vor jeder Agitation hütet (das muß hier einmal ausgesprochen werden), dann sollten diese Mitglieder wenigstens die Versammlungen besuchen und nicht durch schlechten Versammlungsbesuch indirekt dazu beitragen, daß die mühsam neu erworbenen Mitglieder wieder aus dem Verbande hinausgegrault werden. Die Versammlungen der Jugendabteilung waren dagegen verhältnismäßig besser besucht.

Des weiteren ist dem Jahresberichte zu entnehmen, daß im vergangenen Jahre 16 Mitgliederversammlungen (davon sieben von der Jugendabteilung) abgehalten wurden. Außerdem wurden acht Vorstands- und zwölf Vorstands- und Vertrauensmännersitzungen, drei Agitations- und eine allgemeine Textilarbeiterversammlung abgehalten. Bezüglich der Kassenverhältnisse ist zu bemerken, daß an Mitgliederbeiträgen und Eintrittsgeldern insgesamt 5622,10 Mk. vereinnahmt wurden. Die Ausgaben auf Rechnung der Zentralkasse in Höhe von 1817,27 Mk. setzten sich wie folgt zusammen: Der Anteil der Ortsgruppe an den Gesamteinnahmen 281,07 M., Krankenunterstützung 1427,05 Mk., Reiseunterstützung 4,70 Mk., Arbeitslosenunterstützung 9,40 Mk. und Sterbegeld 95,00 Mk. An die Zentralkasse wurden 3804,83 Mk. abgeliefert. Die Ortsgruppenkasse hatte einschließlich eines Kassenbestandes von 544,00 Mk. eine Gesamteinnahme von 2066,77 Mk. Die Aus-

gaben belaufen sich mit Einschluß eines Krankengeldzuschusses auf 927,87 Mk., so daß am Jahresschlusse ein Kassenbestand von 1092,90 Mk. verblieb.

Die Vorstandswahl ergab in geheimer Wahl mit allen gegen eine Stimme die Wiederwahl des statutgemäß ausscheidenden ersten Vorsitzenden, Kollegen Mehrfort. Ebenso wurden die übrigen ausscheidenden Vorstandsmitglieder, die Kollegen K. Rieger, P. Klamert und Kollegin Pohl einstimmig durch Akklamation wiedergewählt. Die Gewählten nahmen die Wahl an. Den Kartellbericht erstattete die Kollegin Pohl. In der Diskussion über den Kartellbericht wurde auf die demnächst stattfindende öffentliche Versammlung hingewiesen, in welcher zum ersten Male der neue Arbeitersekretär aus Neiße sprechen soll. Die Verhandlungen wurden, ebenso wie sie eröffnet waren, auch mit einem gemeinschaftlichen Liede geschlossen.

Neustadt O. S. „Die wichtigsten Forderungen des dritten deutschen Arbeiterkongresses und unsere Stellungnahme hierzu." Ueber dieses Thema sprach am 2. Februar der Nachfolger des leider zu früh verstorbenen Kollegen Binkowski, Arbeitersekretär Langer aus Neiße, im Saale des Gesellenhauses hierselbst. Der herrliche Sonnenschein und die milde Witterung mochten wohl die Ursache sein, daß trotz guter Vorbereitung nur etwa 150 Personen der Einladung des Kartells Folge geleistet hatten.

Der Redner zeichnete zuerst in kurzen Strichen die Bedeutung der beiden ersten Kongresse. Auf die Verhandlungen des dritten deutschen Arbeiterkongresses übergehend, griff der Redner die wichtigsten Verhandlungspunkte heraus, dabei die Stellungnahme des Kongresses begründend. Was der Redner besonders über die Angriffe der Gegner der Arbeiterschaft auf das Koalitionsrecht der Arbeiter wie überhaupt gegen die Sozialpolitik, und über die Lebensmittelteuerung sagte, war den Zuhörern wirklich aus dem Herzen gesprochen, wie der laute Beifall bewies. Wie der Versammlungsleiter Kollege Jungnitsch, so äußerten sich auch die Kollegen Kuczera vom Gutenbergbund und Herrmann vom Textilarbeiterverband in zustimmendem Sinne. Zum Schluß wurde nachstehende Resolution angenommen:

„Die heute, Montag, den 2. Februar 1914, im Gesellenhaussaale versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen haben mit Interesse von den Verhandlungen und Beschlüssen des dritten deutschen Arbeiterkongresses Kenntnis genommen. Sie erklären sich mit dessen Forderungen einverstanden und erkennen an, daß zur wirksamen Vertretung dieser Forderungen vor allem starke Berufsorganisationen notwendig sind. Die Versammelten erachten es deshalb für ihre Pflicht, für die Stärkung der Organisation nach Kräften zu sorgen."

Neuwerk. Bei der hiesigen Niederlassung der Firma Vereinigte Pongssche Spinnereien und Webereien A.-G. wurden die Weber einer Abteilung durch das Vorgehen der Firma unliebsam überrascht. Es wurde ihnen bekannt gegeben, daß von Mitte Februar ab für zwei Artikel der Lohn reduziert würde. Begründet wurde dieses damit, daß die Firma für diese Arbeiten jahrelang zu viel gezahlt habe.

Der Abzug, der hier vorgenommen werden soll, ist aber nicht gering. Auf einem Artikel sind es nach Angabe 13% und auf einem anderen, wo bisher pro Decke in Zukunft aber pro Stück gelöhnt wird, sogar über 34% Abzug. Die Arbeiter wurden damit getröstet, daß sie auf Verlangen in einer anderen Abteilung arbeiten könnten, andernfalls aber neben dem bisherigen Stuhle noch einen zweiten erhalten würden." Diesem Angebot gegenüber muß aber darauf hingewiesen werden, daß es bei der Größe des Schusses (Rahmen) kaum möglich sein wird, zwei Stühle in Betrieb zu halten.

Es entsteht nun die Frage: Wie war es möglich, daß die Firma ihr Vorhaben ohne Widerstand zur Durchführung bringen konnte? Diese Frage ist nicht schwer zu beantworten. Es fehlte den Arbeitern die Rückendeckung. Sie hatten es nicht für erforderlich gehalten, dafür zu sorgen, gute Lohn- und Arbeitsverhältnisse sich zu erhalten. Sie waren zu „sparsam". Sie konnten es nicht über sich bringen, freiwillig 35 oder 45 Pfennig wöchentlich an eine Arbeiterorganisation zu opfern. Dies sahen sie für weggeworfenes Geld an, dabei wurde aber nicht bedacht, daß hierdurch auch noch andere Rechte erworben und ideale Bestrebungen gefördert werden. Nein, solche Gedanken sind ihnen ganz fremd. Durch das Vorgehen der Unternehmer werden aber manchem Arbeiter und auch den Arbeiterinnen die Augen geöffnet. Es wird ihnen zur Kenntnis gebracht, wohin es ohne Organisation geht.

Hoffentlich wird dieser Vorstoß der Firma dazu beitragen, bei den Arbeitern die Erkenntnis zu wecken, daß jede Arbeiterin und jeder Arbeiter in die Organisation hineingehört. Die Unternehmer gehen den Arbeitern mit dem besten Beispiel voran. Mögen die Arbeiter der Firma Pongs dieses Beispiel zu ihrem eigenen Vorteile nachahmen und sich alle dem Zentralverbande christlicher Textilarbeiter anschließen. Dieser wird ihre Interessen in jeder Weise wahrnehmen.

Schiffbek. Nach langen Wochen des Kampfes, die die verschiedenen Wahlen mit sich brachten, ist hier unter der Arbeiterschaft wieder einigermaßen Ruhe eingekehrt, und frohe Zuversicht ist in den Reihen unserer Kollegen und Kolleginnen lebendig geworden. Dies bewies unsere am 25. Januar bei Wüstenberg abgehaltene Generalversammlung, welche verhältnismäßig gut besucht war. Mit Interesse folgten die Mitglieder den einzelnen Punkten der Tagesordnung, und eine rege Diskussion bewies die eingehende Anteilnahme an der weitern Entwicklung unserer Ortsgruppe sowie des ganzen Verbandes. Nach Erledigung der Eingänge und der Kassenabrechnung, welche durch den Bericht der Revisoren in allen Teilen mit sehr gut bezeichnet war, wurde dem Kassierer Decharge erteilt und dann zur Neuwahl geschritten. Es wurden folgende Kollegen und Kolleginnen wieder- resp. neugewählt. Kollege Cl. Bokorski als erster und Kollege E. Dragorins als zweiter Vorsitzender. Als Kassierer wurde Kollege A. Heisel wieder- und als erster Schriftführer Kollege K. Lindemann, als zweiter Schriftführer J. Brix neugewählt. Zu Beisitzern wurden die Kollegen J. Morawec, A. Klingenbrunn und Kollegin M. Wagner erwählt. In die Agitationskommission wurden die Kollegen J. Sonntag, J. Stahl, M. Podor, sowie die Kolleginnen A. Krobot, A. Gesiering, und Frau Schwarzer berufen. Der Vorsitzende dankte allen Gewählten für ihre Bereitwilligkeit ihre ganze Kraft in den Dienst unserer guten Sache zu setzen und sprach die Hoffnung aus, daß, wenn der gute Geist, der die Generalversammlung beherrschte, standhalten und weiter gepflegt würde, die Ortsgruppe am nächsten Quartal eine gute Bilanz ziehen könne. Für den 15. Februar wurde dann ein gemütlicher Familienabend bei Wüstenberg beschlossen. Da unsere Ortsgruppe wegen der vielen ausländischen Kollegen so hohe Reiseunterstützungen zu zahlen hat, wurde beschlossen, später dahingehende Anträge zur Regelung dieser Angelegenheit an die Verbandsgeneralversammlung zu stellen. Ferner beschloß die Generalversammlung den bisherigen Kartellbeitrag für das Hamburger Bezirkskartell beizubehalten. Lebhafte Befriedigung zeigte die Mitteilung, daß seitens des Bezirkskartells Hamburg mit dem Hamburger Stadttheater und dem deutschen Schauspielhause Verträge abgeschlossen seien, wonach für die christlichen Gewerkschaftler Hamburg und Umgegend Volksschauspiele zu ermäßigten Preisen gegeben werden, sodaß unsere Mitglieder Gelegenheit haben, klassische Stücke, Sitzplatz 50 Pfg. und Stehplatz 20 Pfg. zu sehen. Die Tage der Aufführungen werden rechtzeitig bekannt gegeben.

Mit dem Bewußtsein und dem Versprechen, treu zu unserer guten Sache zu stehen, endete die schön verlaufene Generalversammlung.

Zell i. W. Unsere erste Mitgliederversammlung im neuen Jahre fand am 23. Januar statt. Dem Rechenschaftsbericht entnehmen wir folgendes: Einnahmen der Ortsgruppenkasse pro 1913 806.85 M., Ausgaben 398.23 M. Somit ein Kassenbestand am 1. Januar 1914 von 408.62 M., übereinstimmend mit dem Quartalsabschluß pro viertes Quartal 1913. Einnahmen der Zentralkasse, bestehend aus Eintrittsgeld, Wochenbeiträgen einschl. Lokalbeitrag, Abonnentengeld, 2741,55 M., Ausgaben als 5% Anteil der Ortsgruppe, Krankengeldzuschuß, Arbeitslosenunterstützung, Lokalzuschlag: 947.68 M., somit an die Zentrale abgeliefert im Jahre 1913 1793,87 M. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1912 68 Kollegen, 108 Kolleginnen, zusammen 176; am 31. Dezember 1913 aber 52 Kollegen und 99 Kolleginnen, zusammen 151 Mitglieder. Kollege Oskar Rümmele, Landessekretär der evangelischen Arbeitervereine Badens, hielt uns einen interessanten Vortrag über den Arbeiterkongreß in Berlin. Alle Anwesenden lauschten seinen Ausführungen mit gespannter Aufmerksamkeit. Da er selbst Teilnehmer dieses Kongresses war, so verfügte er über ein reichhaltiges Material, das bewies seine fünfviertelstündige Rede. Näher auf diesen Vortrag einzugehen ist überflüssig, da ja unser Verbandsorgan den Inhalt dieses Kongresses ausführlich behandelte. Des weiteren schilderte Redner seine Erlebnisse während der freien Zeit in Berlin, und das Elend, das in solchen Großstädten herrsche, besonders in der Wohnungsfrage. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß unsere Ortsgruppe stärker werde, schloß unser ehemaliges Ortsgruppenmitglied seinen Vortrag.

Nachdem noch einiges Geschäftliche erledigt war, fand die Tagung um 11 Uhr ihren Abschluß.

Juristischer Briefkasten.

Alle Anfragen sind an die Redaktion der Textilarbeiter-Zeitung zu richten. Die Antwort erfolgt in der Regel nach 14 Tagen.

O. B. nach G. Zur Beantwortung der Anfrage bedürfen wir noch folgender Angaben.

Wann und wo haben die Schwiegereltern geheiratet? Haben dieselben bei der Eheschließung oder später einen Ehevertrag gemacht? Haben sie das Erbe gekauft oder hat es einer von beiden in die Ehe gebracht oder während der Ehe geerbt? Wann hat die Mutter dem ältesten Sohn alles verkauft? Hat dieser die Mutter bis zum Tode verpflegt?

Versammlungskalender.

Amern-St. Georg. 8. März, 5½ Uhr, bei Ww. Bernhard Claßen.

Bocholt. 1. März, 10—12 Uhr, auf dem Büro, Abrechnung der Vertrauensmänner.

Cottbus. 7. März, im evangel. Vereinshause, Stiftungsfest.

Dülken. 8. März, 10 Uhr, bei Math. Uemeln, außerordentliche Generalversammlung.

— 25. März, 7 Uhr, bei Math. Uemeln, ordentliche Mitgliederinnenversammlung.

Falkenstein i. V. 8. März, 4 Uhr, im „Deutschen Haus".

M.-Gladbach-Eicken. 7. März, 8½ Uhr, bei Hubert Malzkorn, Eickenerstraße.

M.-Gladbach-Hardterbroich. 8. März, 6 Uhr, bei Hubert Paggen, Mühlenstraße, sehr wichtige Mitgliederversammlung.

Grefrath. 1. März 1914, 11 Uhr, bei W. K. Hammes, wichtige Mitgliederversammlung.

Greiz i. V. 28. März, ½9 Uhr, in Gollas Restaurant, Hohe Gasse.

Herbolzheim. 8. März, 8 Uhr, im Lokale „Zum Schützen".

Hinsbeck. 8. März, 6 Uhr, bei Ww. Hahnen, Generalversammlung.

Reichenbach i. V. 8. März, 3 Uhr, im Restaurant Museum.

Rheindahlen. 15. März, 6 Uhr, im Hotel Germania, große Versammlung der christlichen Gewerkschaften und des kath. Arbeitervereins.

Rheydt. 8. März, 10½ Uhr, in der Bürgergesellschaft (Bahnhofhotel).

Lokalbeamter für das Albtal.

Der Zentralvorstand hat in seiner letzten Sitzung den Kollegen Kiefer aus Ettlingen zum Lokalbeamten für das Albtal gewählt.

Der Zentralvorstand spricht den übrigen Kollegen für ihre Bewerbungen den besten Dank aus.

Sterbe-Tafel.

†

Es starben die Verbandsmitglieder:

Anna Doell in Bühl.
Heinrich Görtz in Hinsbeck.
August Meyer in Hannover-Linden.
Gerhard Engseling in Bocholt.

Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Handbuch der gesamten Textilindustrie. Verlag: Dr. Max Jänecke, Leipzig, Hospitalstr. 18.

Inhaltsverzeichnis: 1. Band: Die Materialien der Textilindustrie. Von Professor R. Fiedler, Abteilungsvorsteher an der Preuß. Höheren Fachschule für Textilindustrie in Barmen. Einzelpreis geb. M. 3,80. 2. Band: Die Weberei. Von Professor Ernst Gräbner, Direktor der Höh. Webschule u. Webereifachschule zu Chemnitz. Mit 704 Abb. Einzelpreis geb. M. 7,50. 3. Band: Die Bandweberei, Bandwirkerei. Von Otto Both, Fachlehrer an der Preußischen Höheren Fachschule für Textilindustrie zu Barmen. Erster Teil: Die Bindungen, Patronen und Musterung. Zweite Auflage. Mit 314 Abbildungen und 10 Mustertafeln. Einzelpreis geb. M. 4,80. Zweiter Teil: Der Bandstuhl und die sonstigen Maschinen für die Bandweberei. — Fachliches Rechnen. — Die Garne. — Die Kalkulation. Mit 104 Abbildungen. Einzelpreis geb. M. 5,40. 4. Band: Wirkerei und Strickerei. Von Josef Worm, Direktor der Wirkschule zu Chemnitz. Mit 205 Abbildungen. Einzelpreis geb. M. 5.20. 5. Band: Färberei und Merzerisation. Von Dr. W. Zänker, Barmen. Mit 77 Abbildungen. Einzelpreis geb. M. 5.20. 6. Band: Die Ausrüstung der Stoffe aus Pflanzenfasern. Von Professor Friedrich Brenger, Direktor an der Höheren Fachschule für Textilindustrie in M.-Gladbach. Mit 67 Abbildungen. Einzelpreis geb. M. 3,50. 7. Band: Die Appretur der Woll- und Halbwollwaren. Von E. Mundorf, Vorstand der Spinnerei- und Appretur-Abteilung der Preußischen Höheren Fachschule für Textilindustrie in Aachen, früher Fabrikdirektor. Mit 50 Abbildungen. Einzelpreis geb. M. 2,80. 8. Band: Die Appretur der Seiden-, Halbseiden- und Samtgewebe. Von Walther Knepscher, Krefeld. Mit 24 Abbildungen. Einzelpreis geb. M. 1,80. 9. Band: Die Appretur der Bänder und Litzen. Von Professor R. Fiedler, Abteilungsvorsteher an der Preuß. Höh. Fachschule für Textilindustrie in Barmen. Mit 58 Abbildungen. Einzelpreis geb. M. 1,80.

Alle 9 Bände mit 1586 Abbildungen, 1714 Seiten in 3 Ganzleinenbänden geschmackvoll gebunden, kosten 36 M., in monatlichen Ratenzahlungen à 3 M.

Bei direktem Bezug durch die Redaktion der Textilarbeiter-Zeitung ganz bedeutende Preisermäßigung.

* * *

Kurzer Leitfaden der Bandweberei (Bandwirkerei). Von Otto Both. Preis geb. M. 0,85. (Leipzig, Dr. Max Jänecke, Verlagsbuchhandlung.)

Der durch sein größeres, bereits in zweiter Auflage vorliegendes Werk über die Bandweberei in Fachkreisen schon aufs Beste bekannte Verfasser hat in dem vorliegenden kurzen Leitfaden für die Bandweberei das Gebiet nochmals in besonders leichtverständlicher Weise behandelt, um dem Bandweberlehrling und jungen Bandwebergehilfen die Möglichkeit zu geben, sich alles anzueignen, was ein tüchtiger Bandweber auf diesem Gebiete wissen muß. Seitens der Fabriken wird mehr und mehr über einen immer fühlbareren Mangel an leistungsfähigen Bandwebern geklagt, während andererseits die Bandweber eine häufig nicht genügende Ausbildung des jungen Nachwuchses den Lehrmeistern zum Vorwurf machen. Hier soll nun der kurze Leitfaden fördernd und heilend mit eingreifen. Das Buch will den Bandweber in einfachen und klaren Ausführungen mit seiner Maschine, deren einzelnen Teilen, ihrer Bedeutung und Wirkung vertraut machen, ihn zum Denken anspornen und ihm so ein Mittel an die Hand geben, seine Leistungsfähigkeit zu erhöhen und sich dadurch ein besseres Einkommen zu erringen. Das gut ausgestattete Buch, das zu einem verhältnismäßig niedrigen Preis angeboten wird, beschreibt in leichtverständlicher Weise zunächst den Bandstuhl und zwar sowohl den Schaftstuhl (Schachtenstuhl) als auch den Maschinenstuhl, dann das Bandweben (Einsetzen der Ketten, Einpassieren oder Durchstechen der Kettfäden und das Andrehen) und dann das eigentliche Bandweben. Der dritte Teil behandelt die Bindungen der Bänder. Hier finden wir Abschnitte über Patronen, den Rapport oder die Rapportzahl, die Taffet-, Köper-, Atlas-, Rips- und Würfelbindung, ferner über die Zackenbildung, die einfachen festen Kanten, die Hohlkanten, die halben Hohlkanten, Bänder mit Figurkette, Bänder mit Figurschüssen, ferner über die Bänder mit Figurketten und Figurschüssen und die Einzugsfäden. 34 besonders deutlich wiedergegebene Abbildungen erleichtern das Verständnis und wir können dem sehr empfehlenswerten und preiswerten Buche nur eine recht weite Verbreitung wünschen, zum Vorteil der Fabrikanten und der Arbeiter in der Bandwirkerei sowohl wie in der Posamentenfabrikation.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Schäden der Frauenarbeit. — Arbeitsvermittlung und Arbeitslosigkeit. — Die Wahlen zu den Versicherungsämtern stehen bevor! — Arbeiterhaushalt und Abzahlungsgeschäfte. — **Feuilleton:** Berufswahl und Lebensglück. — **Allgemeine Rundschau:** Zu den neueren Auseinandersetzungen um die christlichen Gewerkschaften. — Unser internationales Korrespondenzblatt. — Gründlich abgebürstet. — Von einem christlichen Krankenkassenskandal. — Wiederaufleben des Arbeitskammergedankens! — Fußtritte anstatt Arbeitslohn. — Streit und Korruption im gelben Lager. — Sozialdemokratie und Zolltarif. — Die neutrale Volksfürsorge. Christliche Gewerkschaften und Tarifverträge. — Kettfadenbewegung im Dreherfach. — **Aus unserer Industrie:** Einigung im Tuchgewerbe. — Schlechte Lage der englischen Baumwollspinnerei. — Die Lage der internationalen Baumwollindustrie. — Zur Lage der Bocholter Textilindustrie. — **Aus dem Verbandsgebiete:** Arbeitslosen-Berichterstattung. — **Aus unseren Bezirken:** Agitation unter den Arbeiterinnen des Bezirks Krefeld. — **Berichte aus den Ortsgruppen:** Bocholt. — Fulda. — Geldern. — Hochneukirch. — Lörrach. — Neustadt. — Neuwerk. — Schiffbek. — Zell. — **Juristischer Briefkasten.** — **Versammlungskalender.** — **Lokalbeamter für das Albtal.** — **Sterbe-Tafel.** — **Literarisches.**